

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 19. Sitzung des Rates findet am

Mittwoch, 09.11.2022, 16:00 Uhr,

in der Bismarckhalle, Bismarckstraße 47, 57076 Siegen, Großer Saal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 19.10.2022
2. Fragestunde
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
 - 3.1 Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Siegen
 - 3.2 Bewerbung Europapreis / Europadiplom
4. Jahresbericht 2021 zur Inklusionsarbeit auf der Grundlage der Inklusionsvereinbarung für die Stadt Siegen
5. Siegedeich Niederschelden - Machbarkeitsstudie
6. Außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2022 zur Beschaffung eines Schleppers für die Sportplatzpflege
7. Bericht gemäß Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen in den Kommunen im Land NRW
8. Neufassung der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Erhaltung und Erneuerung dörflicher Strukturen und historischer Bausubstanz der Stadt Siegen" (ehemals "Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung der Dorferneuerung der Stadt Siegen")
9. Energetische Sanierung der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung BlueBox
- Weiteres Vorgehen
10. Nachbesetzung verschiedener Gremien

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 19.10.2022
2. Weihnachtsmarkt Siegen 2022 und Ausschreibung ab 2025 ff.
3. Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber dem Vertreter der Stadt Siegen in der Verbandsversammlung des Wasserverbands Siegen-Wittgenstein
4. Verschiedenes
5. Mitteilungen an die Presse

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 28.10.2022

Steffen Mues
Bürgermeister

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 19. Sitzung des Rates findet am

Mittwoch, 09.11.2022, 16:00 Uhr,

im Bismarckhalle, Bismarckstraße 47, 57076 Siegen, Großer Saal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

**2.1 Deutlich mehr Wohngeldanträge durch Wohngeldreform zum 01.01.2023
Anfrage der Fraktion B'90/Grüne**

**2.2 Sachstand Baum-Fällaktion an Siegens neuen Ufern
Anfrage der AfS-Fraktion**

4. Wiederwahl des 1. Beigeordneten und Stadtkämmerers

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter
www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 02.11.2022

Steffen Mues
Bürgermeister

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 19. Sitzung des Rates findet am

Mittwoch, 09.11.2022, 16:00 Uhr,

im Bismarckhalle, Bismarckstraße 47, 57076 Siegen, Großer Saal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 14.09.2022

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 14.09.2022

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 08.11.2022

Steffen Mues
Bürgermeister

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 19. Sitzung des Rates

vom: **09.11.2022**

von: **16:00 Uhr**

bis: **17:20 Uhr**

Ort: **Bismarckhalle, Bismarckstraße 47,
57076 Siegen, Großer Saal**

Anwesend waren:

Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen	als Vorsitzender
Stv Becker, Melanie	
Stv Bell, Achim	
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Stv Böcking, Verena	
Stv Boller, Joachim	
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Dylong, Barbara	
Stv Eberlein, Birgit	
Stv Englert, Franz	
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Grisse, Robert	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	
Stv Harnacke, Maik	
Stv Heilmann, Martin	
Stv Helm, Martin	
Stv Heupel, Rüdiger	
Stv Hof, Felix	
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah	

Stv Jung, Angela
Stv Kamieth, Jens
Stv Keßler, Silvia
Stv Klein, Henning
Stv Klein, Marc
Stv König, Svenja
Stv Kraft, Florian
Stv Lechthaler, Tim
Stv Lorenz, Reiner
Stv Mäckeler, Bernd
Stv Molzberger, Adhemar
Stv Patt, Alexander
Stv Pfeifer, Joachim
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Reifenrath, Frank
Stv Rompf, Jürgen
Stv Rompf-Selimi, Nazlije
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiltz, Ingmar
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin
Stv Schneider, Rainer
Stv Schneider, Silke
Stv Schulz, Jürgen
Stv Schulz, Kenny
Stv Schwarz, Sibylle
Stv Schwarzer, Michael
Stv Shirley, Julia
Stv Six, Annette
Stv Sondermann, Christian Paul
Stv Stahl, Peter H.
Stv Steuber, Hartmut
Stv Stinner, Jürgen
Stv Thimm, Heiko
Stv Tigges, Johannes
Stv Wagener, Tanja
Stv Walter, Klaus Volker
Stv Weber, Frank
Stv Wittenburg, Samuel
Stv Dr. Zybill, Christian

- ab 16.50 Uhr (TOP 6)

Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

s. B. Spies, Hartmut

Von der Verwaltung:

StK Cavelius
StBR Schumann
StR Fries
Dezernent Schmidt
Betriebsleiter Roth
Städt. VD Werthenbach
VA Helmes
VA Spötter
Städt. OVR Runge
VA Dr. Schutz
StAR Munker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Bleckmann, Lisa
Stv Dil, Yilmaz
Stv Eckhardt, Klaus
Stv Köckritz, Anja Alexandra
Stv Könen, Wolfgang Max
Stv Krumm, Heike
Stv Nüchtern, Markus
Stv Schmidt, Sabrina
Stv Schoew, Torsten
Stv Steffe, Roland

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Zur Tagesordnung:

Zur Fragestunde wurden fristgerecht drei Anfragen vorgelegt.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 19.10.2022

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

19. Rat 09.11.2022

Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 14.09.2022

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

19. Rat 09.11.2022

2. Fragestunde**2.1 Deutlich mehr Wohngeldanträge durch Wohngeldreform zum 01.01.2023
Anfrage der Fraktion B'90/Grüne**

Vorlage Nr. AF 116/2022

Vorlage Nr. AF 116/2022 A

Zu den Nachfragen von Herrn Groß nach der tatsächlichen Zahl der Stellen erklärt Herr Schmidt, es sollen fünf zusätzliche Stellen im Stellenplan und zwei Stellen über interne Verlagerungen vorgesehen werden. Die Mehrstellen werden über externe Personen besetzt werden, wobei fraglich ist, ob entsprechend geeignete Kräfte gewonnen werden können.

19. Rat 09.11.2022**2.2 Sachstand Baum-Fällaktion an Siegens neuen Ufern
Anfrage der AfS-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 117/2022

Vorlage Nr. AF 117/2022 A

Die Anfrage wird mit der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

19. Rat 09.11.2022**2.3 Trinkbrunnen
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 118/2022

Vorlage Nr. AF 118/2022 A

Auf die Nachfrage von Herrn Wittenburg erklärt Herr Schumann, dass die anderen Stadtteile noch nicht berücksichtigt sind. Es soll zunächst der Investitionsbedarf ermittelt und die Politik informiert werden, um daraufhin den Umfang festzulegen.

19. Rat 09.11.2022

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Siegen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage Nr. AT 235/2022

Frau Pflogsch begründet umfassend das Anliegen und beschreibt das kostenlose zur Verfügung stellen von Menstruationsartikeln als Tabu-Thema in der Öffentlichkeit, wogegen Toilettenpapier und Desinfektionsmittel kostenlos zur Verfügung stehen. Sie verweist auf positive Erfahrungen in anderen Städten und in Schulen. Denkbar sei zum Beispiel die Aufstellung eines ausgeschilderten Automaten pro Gebäude.

Frau Schmidt kann für die CDU-Fraktion den Vorschlag grundsätzlich befürworten, bittet aber zunächst zu prüfen folgendes zu prüfen:

Wie viele Automaten für die Mitarbeitenden und Gäste in den öffentlichen Gebäuden werden benötigt?

Wie viel Vandalismus und Diebstahl wird mit den Automaten in Verbindung gebracht?

Kann ein externer Dienstleister beauftragt werden?

Herr Wittenburg ist der Meinung, dass es sich um ein selbstverständliches Angebot handeln sollte.

Auch die SPD-Fraktion unterstützt den Antrag im Grundsatz, so Herr Schilz, hat aber zunächst ähnliche Fragen wie von der CDU-Fraktion vorgebracht. Wer bestückt und kontrolliert die Automaten, wieviel Personal wird benötigt, mit welchen Kosten muss gerechnet werden und wie kann Missbrauch vermieden werden. Die Verwaltung sollte dazu ein Konzept erstellen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsartikeln als Ziel formuliert, so Herr Groß. Ergänzend könnte die Verwaltung die Umsetzung prüfen und dem Rat berichten.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Bereitstellung von Menstruationsartikeln in den Toilettenanlagen aller öffentlichen Einrichtungen und beauftragt die Verwaltung, einen Vorschlag zur Umsetzung vorzulegen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (2 Stimmen dagegen)

19. Rat 09.11.2022

3.2 Bewerbung Europapreis / Europadiplom Antrag der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AT 236/2022

Herr K. Schulz begründet für die Volt-Fraktion den Antrag. Mit der Bewerbung um den Europapreis soll der europäische Gedanke in den Vordergrund gerückt und in den Fokus genommen werden.

Herr Schiltz thematisiert die vielen Vorteile des europäischen Gedankens wie zum Beispiel Reise- und Arbeitsfreiheit. Die EU ist auch Garant dafür, seit Jahrzehnten in Frieden und Freiheit zu leben. Die SPD-Fraktion unterstützt den Vorschlag ausdrücklich.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erachtet die Teilnahme als Bekenntnis zum europäischen Gedanken und setzt ein Statement zu den europäischen Werten, so Herr J. Schultz. Diese sollten mehr sichtbar und erlebbar gemacht werden. Auch als Universitätsstadt steht es Siegen gut zu Gesicht sich für den europäischen Gedanken einzusetzen.

Herr M. Klein erklärt für die CDU-Fraktion Zustimmung, möchte aber wissen, wie die Fachausschüsse derart kurzfristig in den nächsten Wochen die Projekte für das Jahr 2023 diskutieren sollen, wie das in der Verwaltung personell vorbereitet werden kann und mit welchen Kosten gerechnet werden muss.

Bürgermeister Mues sieht dies als Aufgabe der Ausschüsse in eigener Regie. Trotzdem erscheint es insgesamt als aufwändig, zum Beispiel die Besuche der Partnerschaftsstädte zu organisieren.

Herr Wittenburg erläutert, dass die Voraussetzung der europäischen Partnerschaften bereits mit den Partnerstädten vorliegt. Alle weiteren Stufen sind optional und müssten in den Ausschüssen zu gegebener Zeit beschlossen werden. Als Beispiel nennt er den Vorschlag zur Teilnahme am Programm „Erasmus Plus“, über den in der nächsten Woche im Fachausschuss beraten wird.

Herr Groß sieht alle aufgefordert, ihre Ideen einzubringen, über die dann – einschließlich der Kosten – in den Ausschüssen beschlossen werden wird.

Bürgermeister Mues erachte es als richtig, sich als Kommune mehr mit dem europäischen Gedanken auseinander zu setzen und diesen zu leben. Er hat aber Bedenken, dass mit dem Beschluss ein Blancoscheck ausgestellt wird da nicht erkennbar ist, welcher Aufwand damit verbunden ist.

Herr Wittenburg verweist auf die genannten vier Kriterien, die für die Bewerbung um das Europadiplom notwendig sind. Die Volt-Fraktion ist der Meinung, dass das Vorhandene dafür ausreicht. Alle weiteren Schritte bleiben abzuwarten.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

1. Die Stadt Siegen bewirbt sich um das Europadiplom als erste Stufe des Europapreises des Europarates.
2. In der laufenden Sitzungsperiode diskutieren die Fachausschüsse mögliche Projekte für das Jahr 2023, die zur Ratssitzung am 21.12. beschlossen werden können, um eine erfolgversprechende Bewerbung zur Einreichungsfrist am 15. Januar zu ermöglichen.
3. In der Folge soll sich die Stadt Siegen um weitere Auszeichnungen im Rahmen des Europapreises bemühen (Ehrenfahne, Ehrenplakette).

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür**19. Rat 09.11.2022****4. Wiederwahl des 1. Beigeordneten und Stadtkämmerers**

Vorlage Nr. VL 1125/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

1. Auf die Ausschreibung der Stelle des 1. Beigeordneten zu verzichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

Herr Cavelius dankt für das ihm entgegengebrachte Vertrauen, blickt auf die damalige Wahl zurück und freut sich auf die kommende Zusammenarbeit.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

2. Herrn Wolfgang Cavelius mit Wirkung vom 01.05.2023 für eine weitere gesetzliche Wahlperiode als 1. Beigeordneten der Universitätsstadt Siegen unter gleichzeitiger Bestellung zum Stadtkämmerer wiederzuwählen.
3. Die Eingruppierung erfolgt mit Wirkung vom 01.05.2023 in Besoldungsgruppe B 5.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass Herr Wolfgang Cavelius mit Ablauf des Monats Dezember 2025 die beamtenrechtliche Altersgrenze erreicht.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

Herr Cavelius dankt für das ihm entgegengebrachte Vertrauen, blickt auf die damalige Wahl zurück und freut sich auf die kommende Zusammenarbeit.

19. Rat 09.11.2022

5. Jahresbericht 2021 zur Inklusionsarbeit auf der Grundlage der Inklusionsvereinbarung für die Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 1111/2022

=> *Der Rat nimmt den Jahresbericht 2021 zur Inklusionsarbeit auf der Grundlage der Inklusionsvereinbarung für die Stadt Siegen zur Kenntnis.*

19. Rat 09.11.2022

6. Siegdeich Niederschelden - Machbarkeitsstudie

Vorlage Nr. VL 1116/2022

Bürgermeister Mues gibt einen Rückblick auf den Anlass für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie im vergangenen Jahr, die nicht nur den Hochwasserschutz zum Ziel hat, sondern auch beleuchtet, wie möglichst viele Bäume erhalten werden können. Es hat sich nunmehr eine Variante herauskristallisiert, bei der ein großer Teil der Bäume stehen bleiben könne, die relativ einfach, da auf eigenen Grundstücken, umzusetzen ist statt mit einer Vielzahl von Eigentümern verhandeln zu müssen und letztlich die wirtschaftlich günstigste ist. Angesichts der bevorstehenden Sturmsaison und den Erkenntnissen aus dem letzten Jahr zu Schäden durch umfallende Bäume sollte nunmehr zügig Vorsorge getroffen werden um nicht Gefahr zu laufen, von der Realität eingeholt zu werden. Dieses Risiko möchte er nicht eingehen.

Herr Roth, Betriebsleiter des Entsorgungsbetriebes, stellt anhand einer Präsentation die vier Varianten aus der Machbarkeitsstudie vor, skizziert die Vor- und Nachteile und erläutert zusammenfassend die Bewertungsmatrix. Nach dieser wird vorgeschlagen, die Variante D zu realisieren.

Herr Schiltz erklärt, die SPD-Fraktion werde dem Vorschlag zustimmen. Die Variante D ist nicht nur die kostengünstigste Variante, sondern nimmt auch keine privaten Flächen in Anspruch. Die Bäume können zumindest auf der wasserabgewandten Seite erhalten werden, die Möglichkeit der Neubepflanzung bleibt bestehen.

Im Bezirksausschuss wurde vor ca. zwei Jahren beschlossen, auf dem Inseldorfweg, der auf der Deichkrone verläuft, zusätzliche Bänke und Hundekotbeutel-Spender aufzustellen. Diese sind seines Wissens beschafft, aber noch nicht aufgestellt worden. Wenn nunmehr nur auf der Wasserseite gebaut werden muss möchte er wissen, ob die Arbeiten abgewartet werden müssen oder ob die Sitzgelegenheiten usw. vorher aufgestellt werden können.

Frau Schneider möchte wissen, inwieweit eine Vorstellung der Machbarkeitsstudie noch im Betriebsausschuss und im Bezirksausschuss vorgesehen ist. Darüber hinaus interessiert sie, ob das Flusssufer weiterhin zugänglich sein wird und ob flussaufwärts weitere Schutzmaßnahmen erforderlich sind.

Die Volt-Fraktion folgt dem Vorschlag des Entsorgungsbetriebes, erklärt Herr K. Schulz. Die Kommunikation mit dem Heimatverein sowie den Bürgerinnen und Bürgern ist positiv hervorzuheben und soll so bei den kommenden Maßnahmen weiter geführt werden.

Der Eingriff in den Deichkörper zur Aufstellung von Bänken und Abfallbehältern wird kritisch gesehen, so Herr Roth, auch wenn der Bedarf unbestritten vorhanden ist. Es müssten Überlegungen angestellt werden, wie die Umsetzung auf andere Art und Weise erfolgen kann. Der Bezirksausschuss wurde aufgrund des hohen Zeitdrucks noch nicht informiert, der Betriebsausschuss wurde im September über den aktuellen Stand unterrichtet. Die nunmehr im Lauf des nächsten Jahres zu erstellende Fachplanung wird den Gremien zu gegebener Zeit vorgestellt. Im Bereich Sieg-Arena ist kein Deich vorhanden. In welcher Form ein Zugang zum Ufer hergestellt werden kann wird im Rahmen der weiteren Planung geklärt.

Herr Mäckeler bedauert, dass die gezeigten Folien schlecht lesbar sind und hätte es besser gefunden, wenn die Machbarkeitsstudie als solche vorliegen würde. Daher spricht er sich dafür aus, die Studie im Betriebsausschuss detaillierter zu besprechen und erst in der nächsten Ratssitzung zu entscheiden.

Herr Boller schließt sich hinsichtlich der Vorgehensweise der Kritik an. Zur Vorgeschichte erinnert er daran, dass nur aufgrund der erheblichen Proteste der Bürger und der Politik die meisten Bäume erhalten wurden. Seines Erachtens wird hinsichtlich des Wasserbaus nur die zweitbeste Lösung vorgeschlagen. Die beste Lösung wäre eine Kombination aus der Rückverlegung des Siegdeiches und Ausführung als Hochwasserschutzwand. Dann würde dem Flusslauf mehr Raum gegeben. Als einziges Argument dagegen wird das fehlende Einverständnis der Anwohner angeführt, was für ihn nicht stichhaltig ist, da diese Flächen nicht genutzt werden. Nach Vorstellung der Verwaltung sollen sofort alle Bäume auf der Wasserseite gefällt werden. Dies ist nicht nachvollziehbar wenn der Deichverteidigungsplan aufrechterhalten werden soll. Welche Bäume genau gefällt werden müssen wird sich erst bei der Ausführungsplanung herausstellen. Darüber hinaus werden sich durch die Hochwasserschutzwand weitere Möglichkeiten der ökologischen und gestalterischen Aufwertung ergeben, für die Vorschläge eingefordert werden. Zusammenfassend stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag: Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Variante F zu untersuchen mit der Zurückverlegung des Deichs gemäß Variante C und Ausführung als Hochwasserschutzwand.

Bürgermeister Mues hält fest, dass DIN-Normen zwar keine Gesetze sind, diese aber als Maßstab herangezogen werden, wenn es um haftungs- oder strafrechtliche Verantwortung geht. Das Risiko eines Schadens in der kommenden Winter- und Sturmsaison möchte er nicht eingehen. Der Vorschlag der Grünen würde eine weitere Zeitverzögerung bedeuten wie auch die Inanspruchnahme privater Grundstücke. Die Erfahrungen bei den Voruntersuchungen haben gezeigt, dass dazu keine Bereitschaft besteht. Dies hat auch er selbst in Gesprächen vor Ort mitgenommen.

Für die CDU-Fraktion sind nach Aussage von Herrn Weber die Varianten nachvollziehbar, wenngleich er die Möglichkeit begrüßt hätte, sich in die Machbarkeitsstudie einlesen zu können. Die CDU-Fraktion spricht sich auch für die Variante D als verträglichste Lösung aus.

Die möglichen Szenarien für Hochwasserfälle wurden im Fachausschuss vorgestellt und das Risiko ist nicht zu unterschätzen. Daher ist eine zeitnahe Umsetzung geboten.

Herr Walter erinnert an eine Bürgerversammlung vor einiger Zeit, in der die Inanspruchnahme privater Grundstücke thematisiert und abgelehnt wurde. Daher befürwortet die FDP-Fraktion ebenfalls die Variante D.

Zur zeitlichen Umsetzung erläutert Herr Roth, dass nach dem Beschluss die öffentliche Ausschreibung der Planungsleistungen erfolgt. Nach Vorliegen des von den Aufsichtsbehörden genehmigten Entwurfs – Zeitfenster Herbst 2023 – werden die Arbeiten im Frühjahr 2024 ausgeschrieben, wobei die Vorgaben des Vergaberechts zu beachten sein werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, Variante D „*Erstellung einer Hochwasserschutzwand*“ weiterzuverfolgen und die Genehmigungsplanung zu erstellen und die wasserrechtliche Genehmigung zu beantragen.

**Beratungsergebnis: 50 Stimmen dafür, 3 dagegen (Bündnis 90/Die Grünen),
8 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen)**

19. Rat 09.11.2022

7. Außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2022 zur Beschaffung eines Schleppers für die Sportplatzpflege

Vorlage Nr. VL 1091/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 83 GO NW und § 85 GO NW die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 40.000,00 € für das Haushaltsjahr 2022 zur Beschaffung eines Schleppers für die Sportplatzpflege Investitionsmaßnahme V080201110.

Die Deckung erfolgt durch geringere Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei der Investitionsmaßnahme H030102102 – Spandauer Schule, Umbau ehem. RS Am Häusling.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. Rat 09.11.2022

8. **Bericht gemäß Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen in den Kommunen im Land NRW**

Vorlage Nr. VL 1090/2022

=> *Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht gem. § 6 Abs. 1 der Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahme zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen in den Kommunen im Land NRW zum Stichtag 30.09.2022 zur Kenntnis.*

19. Rat 09.11.2022

9. **Neufassung der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Erhaltung und Erneuerung dörflicher Strukturen und historischer Bausubstanz der Stadt Siegen" (ehemals "Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung der Dorferneuerung der Stadt Siegen")**

Vorlage Nr. VL 1024/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Neufassung der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Erhaltung und Erneuerung dörflicher Strukturen und historischer Bausubstanz der Stadt Siegen".

Diese bildet ab dem 01.01.2023 die Grundlage für die Bescheidung der Förderanträge für o.a. Zweck und löst damit die "Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung der Dorferneuerung der Stadt Siegen" vom 25.05.2016 (Ordnungsziffer 90.610, Ortsrecht der Stadt Siegen) ab. In der Zeit zwischen dem 15.09.2022 (Ende der Antragsfrist Antragsjahr 2022 nach abzulösender Richtlinie) und dem 31.12.2022 können keine Förderanträge gestellt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. Rat 09.11.2022

10. **Energetische Sanierung der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung BlueBox - Weiteres Vorgehen**

Vorlage Nr. VL 1060/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen

1. nimmt zur Kenntnis, dass von einer Investition in die Sanierung des Gebäudes abgesehen wird und stattdessen die Planung für einen multifunktionalen Neubau vorangetrieben werden sollte.
2. beschließt, dass der Durchführungsbeschluss aus Dezember 2018 (VL 2246/2018) aufgehoben wird und der Zuwendungsbescheid im Rahmen des Investitionspaktes „Soziale Integration im Quartier NRW 2020“ an die Bewilligungsbehörde Bezirksregierung Arnsberg „zurückzugeben“ wird.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. Rat 09.11.2022

11. Nachbesetzung verschiedener Gremien

Vorlage Nr. VL 1117/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt / benennt

1. **Herrn Lothar Becker (s. B.)** als **beratendes Mitglied** in die AK des Verkehrsausschusses.
2. **Frau Nicole Scherzberg (s. B.)** als **beratendes Mitglied** in den AK Wohnbau- und Entwicklung.
3. **Herrn Jens Schmitt** (Sachverständiger VWS) als **persönlicher beratender Vertreter** von Herrn Andreas Dörner in
 - a) den Verkehrsausschuss
 - b) die AK des Verkehrsausschusses.
4. **Herrn Michael Schwarzer** als
 - a) **persönlichen Stellvertreter** von Frau Annette Six in den Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid.
 - b) **persönlichen Stellvertreter** von Frau Sabrina Schmidt in den AK Bäder und Sportstättenentwicklung.
 - c) **persönlichen Stellvertreter** von Frau Annette Six in den AK Märkte.
 - d) **ordentliches Mitglied** in den Städtetag NRW.
5. **Frau Annette Six** als **persönliche Stellvertreterin** von Herrn Michael Schwarzer in den Städtetag NRW.
6. **Herrn Roland Steffe** als **beratendes Mitglied** in den Bauausschuss.
7. **Frau Marion Ortmann (s. B.)** als **persönliche Stellvertreterin** von Herrn Dr. Jochen Münch in den Bezirksausschuss II Siegen-Weidenau.

8. **Frau Heike Krumm** als **persönliche Stellvertreterin** für Herrn Robert Grisse in den Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung.
9. **Frau Alicia Langer (s. B.)** als **ordentliches Mitglied** in den Bezirksausschuss V - Siegen-West.
10. **Herrn Rainer Schneider** als
 - a) **persönlicher Stellvertreter** für Herrn Achim Bell in den Rechnungsprüfungsausschuss.
 - b) **ordentliches Mitglied** in Aufsichtsrat der Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH.
 - c) **persönlicher Stellvertreter** von Herrn Franz Englert in den Städtetag NRW.
 - d) **ordentliches Mitglied** in den AK Wohnbaulandentwicklung.
11. **Herrn Franz Englert** als **ordentliches Mitglied** in den Bezirksausschuss V - Siegen-West.
12. **Herrn Dominik Klein (s. B.)** als **ordentliches Mitglied** in den Jugendhilfeausschuss.
13. **Frau Dr. Alica Henrich (s. B.)** als **persönliche Stellvertreterin** von Herrn Achim Bell in den Ausschuss für Schule und Bildung.
14. **Herrn Achim Bell** als
 - a) **persönlicher Stellvertreter** von Herrn Hans-Günter Bertelmann in den Haupt- und Finanzausschuss.
 - b) **persönlicher Stellvertreter** von Herrn Hans-Günter Bertelmann in die Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Siegen GmbH.
 - c) **persönlicher Stellvertreter** von Herrn Hans-Günter Bertelmann in die Gesellschafterversammlung der Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH.
 - d) **persönlicher Stellvertreter** von Herrn Hans-Günter Bertelmann in die Gesellschafterversammlung der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH.
 - e) **als persönlicher Stellvertreter** von Herrn Robert Grisse in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

19. Rat 09.11.2022

gez.
Bürgermeister

gez.
Schriftführerin

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	02.11.2022
Federführend	1/1 und 5/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

09.11.2022

Betreff:

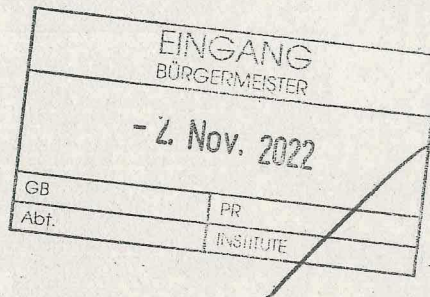
Deutlich mehr Wohngeldanträge durch Wohngeldreform zum 01.01.2023
Anfrage der Fraktion B'90/Grüne



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn S. Mues
Rathaus Am Markt
57072 Siegen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen
0271 - 404-1432
gruene@siegen.de



Mittwoch, 02.11.2022

Anfrage zur Sitzung des Rates am 09.11.2022

Deutlich mehr Wohngeldanträgen durch Wohngeldreform zum 01.01.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Zum 1. Januar 2023 ist die größte Wohngeldreform in der Geschichte in Deutschland geplant. Mit dem neuen 'Wohngeld Plus' sollen deutlich mehr Geringentlohnte ein höheres Wohngeld bekommen: Der Kreis der Wohngeldberechtigten soll von heute rund 600.000 auf zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger erweitert werden.

Der Wohngeldbetrag wird sich 2023 voraussichtlich um durchschnittlich rund 190 Euro pro Monat erhöhen. Das bedeutet eine Verdoppelung des Wohngeldes. Es steigt von durchschnittlich rund 180 Euro pro Monat (ohne Reform) auf rund 370 Euro pro Monat.“ (Zitat online-Seite der Bundesregierung)

Die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Siegen begrüßt die Erhöhung des Wohngeldes und die Erweiterung des Kreises der Berechtigten ausdrücklich.

Jetzt gilt es, zeitnah auch kommunal Entscheidungen zu treffen, die dem erhöhten Antragsaufkommen Rechnung tragen. Dabei geht es für uns darum, Wohngeldanträge in max. 4 Wochen entscheidungsreif zu bearbeiten und das Geld auszuzahlen.

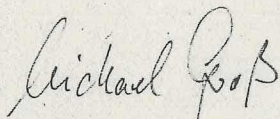
Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Wie viele Mitarbeiter*innen sind mit welchen Stellenanteilen derzeit mit der Bearbeitung von Wohngeldanträgen befasst?
2. Mit welchem personellen Mehraufwand rechnet die Stadt Siegen durch die zu erwartende mindestens 3 x so hohe Antragszahl beim Wohngeld?

3. Wann werden entsprechende zusätzliche Stellen ausgeschrieben? Erfolgt eine externe Ausschreibung? Sind interne Umsetzungen geplant?
4. Wann ist mit der Besetzung aller erforderlichen Mehrstellen zu rechnen?
5. Teilt die Verwaltung unsere Auffassung, dass bei Vorlage vollständiger Antragsunterlagen eine Bearbeitungsdauer vier Wochen nicht überschritten werden soll?

Mit freundlichen Grüßen

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

A handwritten signature in black ink, reading "Michael Groß". The signature is written in a cursive, flowing style.

Michael Groß
Fraktionsvorsitzender

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	02.11.2022
Federführend	1/1 und 5/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

09.11.2022

Betreff:

**Deutlich mehr Wohngeldanträge durch Wohngeldreform zum 01.01.2023
Anfrage der Fraktion B'90/Grüne**

1. Wie viele Mitarbeiter*innen sind mit welchen Stellenanteilen derzeit mit der Bearbeitung von Wohngeldanträgen befasst?

Derzeit sind in der Wohngeldstelle sechs Mitarbeitende mit einem Gesamtstellenumfang von 5,77 VZÄ beschäftigt. Hiervon sind fünf Mitarbeitende in Vollzeit und eine Mitarbeiterin mit 0,77 VZÄ beschäftigt. Ab 01.01.2023 wird die Wohngeldstelle im Rahmen einer Umsetzung durch eine weitere vollzeitbeschäftigte Mitarbeiterin ergänzt. Hinzu kommen Zeitanteile bei der Führungskraft und Unterstützungsleistungen.

2. Mit welchem personellen Mehraufwand rechnet die Stadt Siegen durch die zu erwartende mindestens 3x so hohe Antragszahl beim Wohngeld?

Welcher Mehraufwand durch die Wohngeldreform 2023 genau zu erwarten ist, ist zunächst unklar. Eine deutliche Steigerung ist aber zu erwarten. Zumindest die Verdreifachung der Antragsberechtigten lässt sich recht genau beziffern. Insofern dürfte die Verdreifachung der Anträge der Maximalwert sein. Davon gehen auch die Kommunalen Spitzenverbände aus,

u.a. im Schnellbrief 490/2022. Allerdings haben die Kommunalen Spitzenverbände zahlreiche Vorschläge zur Vereinfachung und Beschleunigung des Antrags- und Bewilligungsverfahrens unterbreitet und mit dem pauschalierten Basiswohngeld auch einen Vorschlag für eine gestaffelte Einführung des neuen Wohngeldgesetzes formuliert. Dies könnte die Bearbeitungsaufwände deutlich reduzieren. Inwieweit die Vorschläge im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden, ist noch unklar.

Dennoch muss und wird die Stadt Siegen sich auf die ab 2023 zu erwartende andere Lage in der Wohngeldbewilligung vorbereiten und versucht, angesichts der oben genannten Fakten und genauso der noch offenen Fragen eine realistische Schätzung des Personalbedarfs, die möglichst Mehrbelastungen weitgehend auffängt und auch die finanziellen Spielräume nicht unnötig strapaziert.

Die Abteilung 1/1 geht zum Beginn der neuen Wohngeldregelungen davon aus, dass sich die Zahl der Anträge zumindest verdoppelt. Dies würde vereinfacht bedeuten, dass 14 statt bisher 7 Sachbearbeitungsstellen benötigt werden. Vor diesem Hintergrund ist zunächst die Einrichtung von 5 Mehrstellen und eine Einstellung von externem Personal beabsichtigt, um anschließend die Lage zu beobachten. Ferner ist beabsichtigt, 1,0 VZÄ aus der Arbeitsgruppe 5/1-1 (Grundsicherung) zur Wohngeldstelle zu verlagern, da dieser Bereich durch die Wohngeldreform nach Prognosen eine Entlastung erfährt. Ggf. ist zusätzlich noch eine weitere zweite Stelle intern zu verlagern.

Für das AT Grundsicherung ist zudem eine erneute Betrachtung und Berechnung des Personalbedarfs zwischen den Abteilungen 1/1 und 5/1 abgestimmt.

Die Abteilung 1/1 wird insofern 5 Mehrstellen in den Stellenplanentwurf für 2023 einbringen.

3. Wann werden entsprechende zusätzliche Stellen ausgeschrieben? Erfolgt eine externe Ausschreibung? Sind Umsetzungen geplant?

4. Wann ist mit der Besetzung aller erforderlichen Mehrstellen zu rechnen?

Ein aktuelles Stellenbesetzungsverfahren für mehrere Stellen im Bürgerbüro mit externer Ausschreibung hat einen außergewöhnlich großen Bewerberkreis angesprochen. Aus diesem aktuellen Bewerberkreis hat die AG 1/1-2 Personal ca. 15 Personen angesprochen, die ebenfalls ihr Interesse erklärt haben, im Wohngeldbereich zu arbeiten. Zusätzlich sind zwei Initiativbewerbungen eingegangen, die ebenfalls mit berücksichtigt werden.

Derzeit finden die entsprechenden Vorstellungsgespräche statt, welche am 09.11.2022 zum Abschluss gebracht werden sollen. Über den Umfang geeigneter Bewerberinnen und Bewerber kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden.

Bei entsprechend kurzen Kündigungsfristen ist nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens mit einer Besetzung von Stellen zum 01.01.2023 zu rechnen.

5. Teilt die Verwaltung unsere Auffassung, dass bei Vorlage vollständiger Antragsunterlagen eine Bearbeitungsdauer von vier Wochen nicht überschritten werden soll?

Die Verwaltung teilt diese Auffassung unter der Voraussetzung, dass keine Antragsrückstände bestehen. Aufgrund von Personalausfällen, Stellenvakanzen und Mehraufwand durch

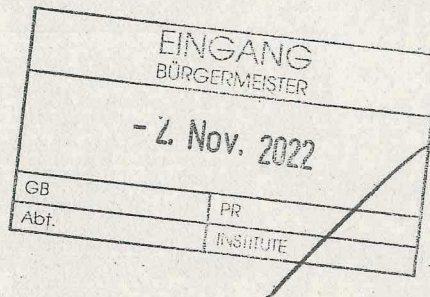
Gesetzes-/Erlassänderungen konnten die Rückstände noch nicht vollständig abgearbeitet und daher die Prüfung der Vollständigkeit der Unterlagen sofort bei Antragseingang nicht vorgenommen werden.



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn S. Mues
Rathaus Am Markt
57072 Siegen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Im Rat der Stadt Siegen
Markt 2/Rathaus
57072 Siegen
0271 - 404-1432
gruene@siegen.de



Mittwoch, 02.11.2022

Anfrage zur Sitzung des Rates am 09.11.2022

Deutlich mehr Wohngeldanträgen durch Wohngeldreform zum 01.01.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Zum 1. Januar 2023 ist die größte Wohngeldreform in der Geschichte in Deutschland geplant. Mit dem neuen 'Wohngeld Plus' sollen deutlich mehr Geringentlohnerte ein höheres Wohngeld bekommen: Der Kreis der Wohngeldberechtigten soll von heute rund 600.000 auf zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger erweitert werden.

Der Wohngeldbetrag wird sich 2023 voraussichtlich um durchschnittlich rund 190 Euro pro Monat erhöhen. Das bedeutet eine Verdoppelung des Wohngeldes. Es steigt von durchschnittlich rund 180 Euro pro Monat (ohne Reform) auf rund 370 Euro pro Monat.“ (Zitat online-Seite der Bundesregierung)

Die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Siegen begrüßt die Erhöhung des Wohngeldes und die Erweiterung des Kreises der Berechtigten ausdrücklich.

Jetzt gilt es, zeitnah auch kommunal Entscheidungen zu treffen, die dem erhöhten Antragsaufkommen Rechnung tragen. Dabei geht es für uns darum, Wohngeldanträge in max. 4 Wochen entscheidungsreif zu bearbeiten und das Geld auszuzahlen.

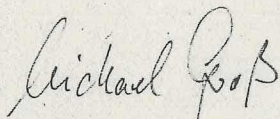
Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Wie viele Mitarbeiter*innen sind mit welchen Stellenanteilen derzeit mit der Bearbeitung von Wohngeldanträgen befasst?
2. Mit welchem personellen Mehraufwand rechnet die Stadt Siegen durch die zu erwartende mindestens 3 x so hohe Antragszahl beim Wohngeld?

3. Wann werden entsprechende zusätzliche Stellen ausgeschrieben? Erfolgt eine externe Ausschreibung? Sind interne Umsetzungen geplant?
4. Wann ist mit der Besetzung aller erforderlichen Mehrstellen zu rechnen?
5. Teilt die Verwaltung unsere Auffassung, dass bei Vorlage vollständiger Antragsunterlagen eine Bearbeitungsdauer vier Wochen nicht überschritten werden soll?

Mit freundlichen Grüßen

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen



Michael Groß
Fraktionsvorsitzender

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	AfS-Fraktion
Eingang	31.10.2022
Federführend	2/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

09.11.2022

Betreff:

Sachstand Baum-Fällaktion an Siegens neuen Ufern
Anfrage der AfS-Fraktion

AfS-Fraktion im Rat der Stadt Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
31. Okt. 2022	
GB	PR
Abt.	SCHULDE

AfS-Fraktion • Schanzenweg 35 • 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

Siegen, 31. Oktober 2022

Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 09.11.2022

Betreff: Sachstand Baum-Fällaktion an Siegens neuen Ufern

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bekanntlich ereignete sich ja am 30.07.2021 eine als „Kunst“ deklarierte Baum-Fällaktion einer Silberweide an Siegens neuen Ufern.

Der jüngsten Berichterstattung dazu in der Presse konnte man entnehmen, dass die sog. Künstlerin und ihre Unterstützer nun kurzfristig strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden sollen.

Dieser Berichterstattung konnte man ebenfalls entnehmen, dass die sog. Künstlerin Lena Hugger der Stadt Siegen den materiellen Schaden ersetzen will und diesen mit ca. 6700 € beziffert.

Dazu bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

Schanzenweg 35 • 57076 Siegen
Mobil: 0160- 973 106 81
E-Mail: rs@afs-fraktion-siegen.de

1. In der Antwort der Verwaltung auf die Anfrage des Stadtverordneten Roland Steffe vom 22.09.2021 teilte die Verwaltung wie folgt mit: „Der Schaden wird verwaltungsseitig vorläufig mit ca. 20.000 € geschätzt“.

Ist der tatsächliche Schaden inzwischen endgültig festgestellt?

Wie hoch ist die exakte Schadenshöhe?

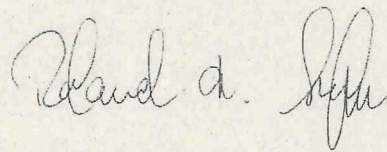
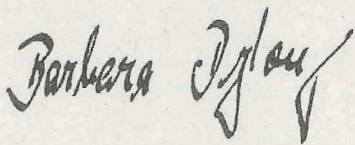
2. Hat die Täterin Lena Hugger und ihre Unterstützer inzwischen den Schaden beglichen oder steht dies noch aus?

3. Gibt es eine rechtsverbindliche Forderung der Stadt Siegen an Frau Hugger, bis wann der Schaden zu beglichen ist, oder hat die Täterin der Verwaltung mitgeteilt, bis wann sie gedenkt den Schaden vollständig auszugleichen?

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Dylong
Fraktionsvorsitzende

Roland Steffe
stellv. Fraktionsvorsitzender



A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	AfS-Fraktion
Eingang	31.10.2022
Federführend	2/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

09.11.2022

Betreff:

Sachstand Baum-Fällaktion an Siegens neuen Ufern
Anfrage der AfS-Fraktion

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage 1:

In der Antwort der Verwaltung auf die Anfrage des Stadtverordneten Roland Steffe vom 22.09.2021 teilte die Verwaltung wie folgt mit: „Der Schaden wird verwaltungsseitig vorläufig mit ca. 20.000 € geschätzt“.

Ist der tatsächliche Schaden inzwischen endgültig festgestellt?

Wie hoch ist die exakte Schadenshöhe?

Antwort:

Die Kosten für die Beseitigung des Schadens sind durch die Fachabteilung nach Ausführung der Arbeiten zwischenzeitlich endgültig auf 6.619,90 € beziffert worden.

Frage 2 und 3:

Hat die Täterin Lena Hugger und ihre Unterstützer inzwischen den Schaden beglichen oder steht dies noch aus?

Gibt es eine rechtsverbindliche Forderung der Stadt Siegen an Frau Hugger, bis wann der Schaden zu beglichen ist, oder hat die Täterin der Verwaltung mitgeteilt, bis wann sie gedenkt den Schaden vollständig auszugleichen?

Antwort:

Der bezifferte Schaden ist durch Frau Hugger zwischenzeitlich vollständig ausgeglichen worden.

AfS-Fraktion im Rat der Stadt Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
31. Okt. 2022	
GB	PR
Abt.	SCHULDE

AfS-Fraktion • Schanzenweg 35 • 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

Siegen, 31. Oktober 2022

Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 09.11.2022

Betreff: Sachstand Baum-Fällaktion an Siegens neuen Ufern

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bekanntlich ereignete sich ja am 30.07.2021 eine als „Kunst“ deklarierte Baum-Fällaktion einer Silberweide an Siegens neuen Ufern.

Der jüngsten Berichterstattung dazu in der Presse konnte man entnehmen, dass die sog. Künstlerin und ihre Unterstützer nun kurzfristig strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden sollen.

Dieser Berichterstattung konnte man ebenfalls entnehmen, dass die sog. Künstlerin Lena Hugger der Stadt Siegen den materiellen Schaden ersetzen will und diesen mit ca. 6700 € beziffert.

Dazu bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

Schanzenweg 35 • 57076 Siegen
Mobil: 0160- 973 106 81
E-Mail: rs@afs-fraktion-siegen.de

1. In der Antwort der Verwaltung auf die Anfrage des Stadtverordneten Roland Steffe vom 22.09.2021 teilte die Verwaltung wie folgt mit: „Der Schaden wird verwaltungsseitig vorläufig mit ca. 20.000 € geschätzt“.

Ist der tatsächliche Schaden inzwischen endgültig festgestellt?

Wie hoch ist die exakte Schadenshöhe?

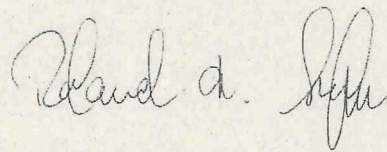
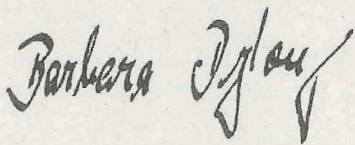
2. Hat die Täterin Lena Hugger und ihre Unterstützer inzwischen den Schaden beglichen oder steht dies noch aus?

3. Gibt es eine rechtsverbindliche Forderung der Stadt Siegen an Frau Hugger, bis wann der Schaden zu beglichen ist, oder hat die Täterin der Verwaltung mitgeteilt, bis wann sie gedenkt den Schaden vollständig auszugleichen?

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Dylong
Fraktionsvorsitzende

Roland Steffe
stellv. Fraktionsvorsitzender



A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	03.11.2022
Federführend	Abt. 4/6

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

09.11.2022

Betreff:

Trinkbrunnen
- Anfrage der Volt-Fraktion

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 3. Nov. 2022	
CB	PR
Abt.	INSTITUTE

4
416

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

Siegen, 26. Oktober 2022

Anfrage gemäß §8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 09.11.2022

Betreff: Trinkbrunnen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im August dieses Jahres hat die Bundesregierung beschlossen, dass „künftig Trinkwasser aus dem Leitungsnetz an möglichst vielen öffentlichen Orten frei verfügbar sein muss. Kommunen sollen künftig Trinkwasserbrunnen beispielsweise in Parks, Fußgängerzonen und in Einkaufspassagen aufstellen, sofern dies technisch machbar ist und dem lokalen Bedarf entspricht“¹. Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der Planungsstand innerhalb der Verwaltung bezogen auf die Vorgaben des Bundes?
2. Ist für die Durchführung der Maßnahme mit Fördergeldern zu rechnen?

Mit freundlichen Grüßen

S. Wittenburg

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	03.11.2022
Federführend	4/6

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

09.11.2022

Betreff:

Trinkbrunnen
- Anfrage der Volt-Fraktion

Frage 1:

Wie ist der Planungsstand innerhalb der Verwaltung bezogen auf die Vorgaben des Bundes?

Antwort:

Die Bundesregierung hat am 10.08.2022 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes beschlossen, der aber noch nicht vom Bundestag verabschiedet wurde. Auch wenn die geplanten gesetzlichen Vorgaben des Bundes noch nicht verabschiedet wurden, findet die Prüfung möglicher Trinkwasserbrunnen bereits in laufenden Planungen Berücksichtigung. Die Prüfung der Installation von Trinkwasserbrunnen an hochfrequentierten, zentralen Stellen ist Bestandteil des aktuell in Bearbeitung befindlichen Integrierten Handlungskonzepts Innenstadt (IHaKo).

Am Kornmarkt, am Baumbeet vor dem Rathaus, befindet sich bereits ein Trinkbrunnen. Ein weiterer Trinkbrunnen wird in der Schlossparkerweiterung installiert und in der Planung zur Neugestaltung des Herrengartens ist die Installation eines Wasserspiels vorgesehen, welches zusätzlich auch die Funktion eines Trinkwasserspenders übernimmt.

Frage 2:

Ist für die Durchführung der Maßnahme mit Fördergeldern zu rechnen?

Antwort:

Im Zuge von geplanten Maßnahmen in der Innenstadt, die beispielsweise im Rahmen der Städtebauförderung gefördert werden, können Trinkwasserbrunnen mitgedacht und beantragt werden (Beispiel Herrengarten).

Für die Installation des Trinkbrunnens in der Schlossparkerweiterung hat die SVB ihre Unterstützung zugesichert.

Ob ein Förderprogramm des Landes NRW zur Unterstützung von Maßnahmen zur Klimaanpassung, dessen Mittel erschöpft sind, fortgeführt oder neu aufgelegt wird, ist derzeit offen.

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 3. Nov. 2022	
CB	PR
Abt.	INSTITUTE

4
416

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

Siegen, 26. Oktober 2022

Anfrage gemäß §8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 09.11.2022

Betreff: Trinkbrunnen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im August dieses Jahres hat die Bundesregierung beschlossen, dass „künftig Trinkwasser aus dem Leitungsnetz an möglichst vielen öffentlichen Orten frei verfügbar sein muss. Kommunen sollen künftig Trinkwasserbrunnen beispielsweise in Parks, Fußgängerzonen und in Einkaufspassagen aufstellen, sofern dies technisch machbar ist und dem lokalen Bedarf entspricht“¹. Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der Planungsstand innerhalb der Verwaltung bezogen auf die Vorgaben des Bundes?
2. Ist für die Durchführung der Maßnahme mit Fördergeldern zu rechnen?

Mit freundlichen Grüßen

S. Wittenburg

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	26.10.2022
Federführend	GB 4/ Abt. 4/4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

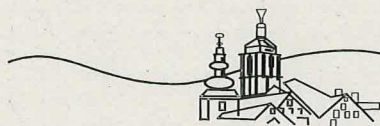
☐ nichtöffentlich

Rat

09.11.2022

Betreff:

Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Siegen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



EINGANG BÜRGERMEISTER	
26. Okt. 2022	
GB	PR
Abt.	INSTITUTE



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn S. Mues

Rathaus Siegen
Markt 2
57072 Siegen

Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen

Markt 2
57072 Siegen

404-1432
gruene@siegen.de

26. Oktober 2022

Antrag nach § 9 GO zur Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 09.11.2022

Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen der Stadt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,
sehr geehrte Damen und Herren im Rat der Stadt Siegen,

zur Beratung und Beschlussfassung legt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur Ratssitzung
am 09.11.2022 folgenden Beschlussvorschlag vor:

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Bereitstellung von Menstruationsartikeln in den
Toilettenanlagen aller öffentlichen Einrichtungen.

Begründung

Die Nutzung von Menstruationsartikeln ist für viele Menschen genauso normal wie die Nutzung von Toilettenpapier, Seife und Desinfektionsmittel, für deren Anschaffung die Stadt in ihren eigens genutzten Gebäuden zuständig ist. Ein wichtiger Schritt in Richtung einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben ist auch die Bereitstellung von Hygieneartikeln. Dies kann beispielsweise durch hierfür vorgesehene Automaten geschehen.

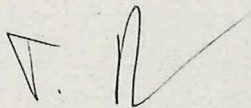
Kostenfreie Menstruationsartikel können dazu beitragen, das Wohlbefinden vieler Menschen zu steigern, da die Menstruation auch heute bedauerlicherweise noch ein schambehaftetes Thema im gesellschaftlichen Diskurs und im individuellen Alltag darstellt. In unvorhergesehenen Situationen kann so einerseits schneller und diskreter vorgegangen und gleichzeitig kann die Sichtbarkeit in der Gesellschaft und die allgemeine Aufmerksamkeit gesteigert werden.

50% der Weltbevölkerung sind menstruierende Menschen. Aufgrund dieser Tatsache sollte dieses Thema auch als selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Bewusstseins gesehen werden. Für einen selbstbewussten Umgang mit der Periode ist daher eine Endtabuisierung notwendig.

Auch finanzielle Schwierigkeiten können durch die Bereitstellung von Menstruationsartikeln verringert werden. Gerade in Zeiten, in denen die Lebenshaltungskosten enorm steigen, kann es für viele Menschen, besonders für in Not Geratene, Entlastung und mehr Lebensqualität bedeuten.

Schottland, aber auch einige deutsche Städte, beispielsweise Berlin und Heidelberg, machen es bereits vor und beweisen, dass sich das niedrigschwellige Angebot von Menstruationsartikeln in öffentlichen Räumen in jeder Hinsicht positiv auswirkt.

Mit freundlichen Grüßen
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'T' followed by a series of loops and a long horizontal stroke.

Teresa Pflogsch
Stadtverordnete

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	26.10.2022
Federführend	Büro BM

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

09.11.2022

Betreff:

Bewerbung Europapreis / Europadiplom
Antrag der Volt-Fraktion

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
26. Okt. 2022	
GB <i>Büro</i>	PR
Abt. <i>Bn</i>	INSTITUTE

Siegen, 26.10.2022

Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 09.11.2022

Betreff: Bewerbung Europapreis / Europadiplom

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die Fraktion Volt im Rat der Stadt Siegen bittet folgenden Antrag zur o.g. Sitzung des Rates der Stadt Siegen zur Abstimmung zu stellen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Die Stadt Siegen bewirbt sich um das Europadiplom als erste Stufe des Europapreises des Europarates¹.
2. In der laufenden Sitzungsperiode diskutieren die Fachausschüsse mögliche Projekte für das Jahr 2023, die zur Ratssitzung am 21.12. beschlossen werden können, um eine erfolversprechende Bewerbung zur Einreichungsfrist am 15. Januar zu ermöglichen.
3. In der Folge soll sich die Stadt Siegen um weitere Auszeichnungen im Rahmen des Europapreises bemühen (Ehrenfahne, Ehrenplakette).

Begründung:

Auf der städtischen Homepage wird Herr Bürgermeister Mues wie folgt zitiert:

*"Das friedliche und geeinte Europa ist mitnichten ein Selbstläufer. Wir Europäerinnen und Europäer müssen daran arbeiten, wir müssen die EU mitgestalten, für unsere gemeinsamen Werte einstehen, sie aktiv verteidigen."*²

Ein wichtiges Symbol für dieses europäische Engagement der Stadt Siegen ist die Bewerbung für das Europadiplom. Das Europadiplom ist die erste von vier Stufen des

¹ <https://www.coe.int/de/web/europe-prize-exhibition>

² <https://www.siegen.de/verwaltung-politik/europa/>

Europapreises (Europadiplom, Ehrenfahne, Ehrenplakette, Europapreis). Die Bewerbung um diese Auszeichnung hat die Erringung der vorherigen Stufen zur Bedingung und erfolgt jeweils zum 15. Januar eines Jahres.

Die folgenden vier Kriterien sind für eine Auszeichnung ausschlaggebend und in der Bewerbung darzustellen (vgl.

<http://www.assembly.coe.int/LifeRay/APCE/prix/EuropePrize/EuropePrizeGuide-DE.pdf>):

- Twinning-Aktivitäten, Kontakte zu Gemeinden im Ausland, Kooperationen und Partnerschaften (u.a. persönlicher Austausch, insbesondere in der Jugendarbeit, sowie kulturelle Aktivitäten)
- Europäische Veranstaltungen (u.a. Teilnahme an der Europäischen Woche der lokalen Demokratie des Europarates), Europatag und sonstige Events zur Verbreitung der europäischen Idee
- Europäische und internationale Solidarität
- Mitgliedschaft bei europäischen Städte- und Gemeindeverbänden

Die Stadt Siegen unterhält Partnerschaften zu:

Berlin-Spandau (seit 1952),
Leeds Morley (seit 1966),
Ypern (seit 1967),
Plauen (seit 1990),
Katwijk (seit 2006, in Fortsetzung der Partnerschaft Hüttental mit Rijnsburg seit 1963),
und Zakopane (seit 1989).

Zu allen Städten werden partnerschaftliche Beziehungen seitens der Stadt, aber auch durch Akteure der Zivilgesellschaft, Schulen, Vereine etc. gepflegt.

Anlässlich des Europatages werden immer wieder Veranstaltungen verschiedener Akteure durchgeführt. Das Freundschaftsfest ist eine lokale Institution für kulturellen Austausch wie gelebte Solidarität. Europäisch und international.

Mit der Bewerbung um das Europadiplom unterstreicht die Stadt Siegen ihre aktiven Bemühungen zur Förderung des europäischen Gedankens.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "S. Wittenburg".

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender Volt

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Büro Bürgermeister
Bearbeitet von: Herrn Werthenbach

Siegen, 31.10.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat **09.11.2022**

Kurzbezeichnung:

Wiederwahl des 1. Beigeordneten und Stadtkämmerers

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt:

1. Auf die Ausschreibung der Stelle des 1. Beigeordneten zu verzichten.
2. Herrn Wolfgang Cavelius mit Wirkung vom 01.05.2023 für eine weitere gesetzliche Wahlperiode als 1. Beigeordneten der Universitätsstadt Siegen unter gleichzeitiger Bestellung zum Stadtkämmerer wiederzuwählen.
3. Die Eingruppierung erfolgt mit Wirkung vom 01.05.2023 in Besoldungsgruppe B 5.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass Herr Wolfgang Cavelius mit Ablauf des Monats Dezember 2025 die beamtenrechtliche Altersgrenze erreicht.

Sachverhalt / Begründung:

1. Gemäß § 71 Abs. 2 GO NRW sind die Stellen der Beigeordneten auszuschreiben, bei Wiederwahl kann hiervon abgesehen werden.

Da im vorliegenden Fall eine Wiederwahl stattfinden soll, kann wie in § 71 Abs. 2 GO NRW vorgesehen auf die Ausschreibung der Stelle des 1. Beigeordneten verzichtet werden.

2. Ebenfalls gemäß § 72 Abs. GO NRW darf die Wiederwahl frühestens 6 Monate vor Freiwerden der Stellen erfolgen. Nach § 71 Abs. 5 GO NRW sind Beigeordnete verpflichtet, eine erste Wiederwahl anzunehmen, wenn sie spätestens 3 Monate vor Ablauf der Amtszeit wiedergewählt werden.

Herr Wolfgang Cavelius wurde am 18.02.2015 erstmalig mit Wirkung vom 01.05.2015 zum 1. Beigeordneten der Universitätsstadt Siegen gewählt und zum Stadtkämmerer bestellt. Seine erste Amtszeit endet am 30.04.2023. Bei einer Wahl in der Sitzung am 09.11.2022 sind die genannten Voraussetzungen erfüllt.

3. Nach § 2 Abs. 3 EingrVO sind die Ämter der übrigen Wahlbeamten auf Zeit der Gemeinden u.a. nach der Einwohnerzahl einzustufen. Bei der Einwohnerzahl von 100.001 bis 150.000 Einwohnern gilt für zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters bestellte Beigeordnete die Besoldungsstufe B 4/B 5. Nach Abs. 4 dürfen die Gemeinden unter Berücksichtigung des Umfangs, der Schwierigkeit und der Bedeutung der Aufgaben die Höchstbesoldungsgruppe für das Amt nur in Anspruch nehmen, wenn der Wahlbeamte in dasselbe Amt wiederberufen ist, in dem er eine ganze Amtszeit abgeleistet hat.

Aktuell ist Herr Cavelius in Besoldungsgruppe B 4 eingruppiert. Unter der Berücksichtigung der vorigen Ausführungen ist die Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Höchstbesoldungsgruppe B5 vorliegend, so dass in diese eingruppiert werden kann. Daneben wird eine Aufwandsentschädigung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften gezahlt.

4. Eine Wiederwahl erfolgt immer auf 8 Jahre. Eine hiervon abweichende Wahlzeit sieht weder das Kommunalrecht (§ 71 GO NRW) noch das Beamtenrecht (§ 25 BeamStG) vor. Vielmehr gilt die gleiche Altersgrenze gemäß § 119 Abs. 3 LBG NRW i. V. m. § 31 Abs. 1 LBG NRW wie für die Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit; d. h. sie treten mit Ablauf des Monats, in dem sie die für sie maßgebliche Altersgrenze erreichen, kraft Gesetzes in den Ruhestand unabhängig von der bis dahin absolvierten Amtszeit.

Herr Wolfgang Cavelius erreicht die beamtenrechtliche Altersgrenze mit Ablauf des Monats Dezember 2025.

Zwischen dem Erreichen der Altersgrenze und der Wahlzeit bzw. Amtswahrnehmung besteht jedoch kein Dissens. Neben dem Ausscheiden kraft Gesetzes durch das Erreichen der Altersgrenze steht ein Beamter auf Zeit auch in anderen Fällen (vorzeitige Dienstunfähigkeit oder Wechsel des Dienstherrn) nicht die gesamte Wahlzeit zur Verfügung. Die Wahrnehmung des Amtes über die Pensionsgrenze hinaus ist für bis zu drei Jahre auf Antrag des Beamten möglich und richtet sich nach § 32 LBG NRW. Herr Wolfgang Cavelius hat mitgeteilt, dass er im Falle seiner Wiederwahl einen entsprechenden Antrag stellen wird.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz <div style="border: 1px solid black; height: 100px; width: 100%;"></div>			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) <div style="border: 1px solid black; height: 100px; width: 100%;"></div>			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Abteilung 1/1 Personal und Organisation
Bearbeitet von: Inklusionsteam der Stadt Siegen, Dirk Helmes

Siegen, 20.10.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

09.11.2022

Kurzbezeichnung:

Jahresbericht 2021 zur Inklusionsarbeit auf der Grundlage der Inklusionsvereinbarung für die Stadt Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt den Jahresbericht 2021 zur Inklusionsarbeit auf der Grundlage der Inklusionsvereinbarung für die Stadt Siegen zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In § 166 SGB IX ist die Verpflichtung zur Erstellung einer Inklusionsvereinbarung verankert. Auf Grundlage dieser Inklusionsvereinbarung wurde für das Jahr 2021 der angehängte Bericht erstellt, in dem das Inklusionsteam über seine Arbeit informiert und die Entwicklungen der letzten Jahre darstellt. Dem Rat soll so ein Eindruck über die vielfältigen Bemühungen der Verwaltung für eine Inklusion am Arbeitsmarkt gegeben werden. Außerdem wird deutlich, wie Beschlüsse des Rates und Maßnahmen der Verwaltung verzahnt umgesetzt werden können.

gez. Steffen Mues

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Jahresbericht 2021 zur Inklusionsarbeit](#)

Jahresbericht 2021 zur Inklusionsarbeit

**Inklusionsteam
der Universitätsstadt
Siegen**



Jahresbericht 2021 zur Inklusionsarbeit auf der Grundlage der Inklusionsvereinbarung für die Stadt Siegen

Inklusionsteam der Stadt Siegen:

Beate Jakob	AG 1/1-2 Personal	b.jakob@siegen.de
Michael Arens	Personalrat	m.aren@siegen.de
Judith Lang	Vertrauensperson der Schwerbehinderten	j.lang@siegen.de
Martina Kratzel	Gleichstellungsstelle	m.kratzel@siegen.de
Joachim Klaus	AG 1/1-2 Personal	j.klaus@siegen.de
Michaela Welticke	AG 1/1-2 Personal	m.welticke@siegen.de
Tanja Fischbach	Auszubildende AG 1/1-2 Personal	

Siegen, im Juni 2022

Jahresbericht 2021 zur Inklusionsarbeit auf der Grundlage der Inklusionsvereinbarung für die Stadt Siegen

Bereits auf der Grundlage der alten Integrationsvereinbarung vom 03.06.2004 hat das Integrationsteam (das heutige Inklusionsteam) in unregelmäßigen Abständen Berichte vorgelegt. Die Berichte informierten über die Beschäftigungssituation schwerbehinderter und gleichgestellter Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung Siegen.

Die Rehabilitation behinderter Menschen ist im 9. Buch des Sozialgesetzbuches (SGB IX) geregelt, das durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) vom 23.12.2016 neu strukturiert wurde. In § 166 SGB IX ist für die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen am Berufsleben das Steuerungsinstrument der Inklusionsvereinbarung gesetzlich verankert worden. Danach treffen Arbeitgeber/ Arbeitgeberinnen mit der Schwerbehinderten- und Personalvertretung in Zusammenarbeit mit dem/ der Inklusionsbeauftragten des Arbeitgebers/ der Arbeitgeberin eine verbindliche Inklusionsvereinbarung.

Diese wurde am 30.04.2019 abgeschlossen und definiert in Ziffer 2 die damit verbundenen Zielsetzungen:

- arbeitslose schwerbehinderte Menschen durch Einstellung in das Arbeitsleben zu integrieren
- die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen zu verbessern und dabei schwerbehinderte Frauen besonders zu berücksichtigen
- die Aus- und Fortbildungssituation schwerbehinderter Menschen zu fördern und zu unterstützen, Verantwortlichkeit auf den unterschiedlichen Führungsebenen bewusst zu machen
- die Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung schwerbehinderter Menschen transparent zu machen und die dazu erforderlichen Verfahren aufzuzeigen
- auf Dauer die Pflichtquote hinsichtlich der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zu erfüllen
- Verbesserungsmöglichkeiten zur Inklusion schwerbehinderter Menschen zu ermitteln und dazu geeignete Maßnahmen einzuleiten.

Mit dem vorliegenden Bericht informiert das Inklusionsteam über die Arbeit auf der Grundlage der Inklusionsvereinbarung und nimmt hierbei insbesondere das zurückliegende Jahr 2021 in den Fokus.

1. Entwicklung der Pflichtquote zur Beschäftigung Schwerbehinderter

§ 2 Begriffsbestimmungen

(1) Menschen mit Behinderungen sind Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können. Eine Beeinträchtigung nach Satz 1 liegt vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Menschen sind von Behinderung bedroht, wenn eine Beeinträchtigung nach Satz 1 zu erwarten ist.

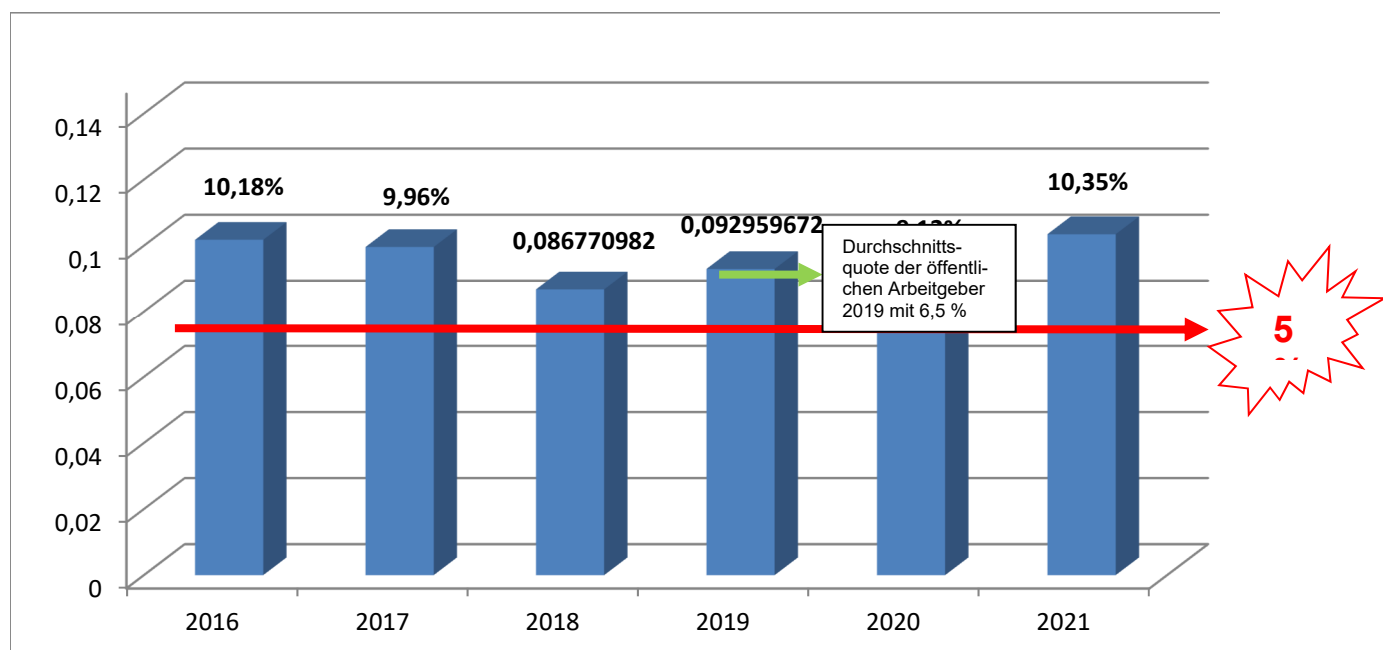
(2) Menschen sind im Sinne des Teils 3 schwerbehindert, wenn bei ihnen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 vorliegt und sie ihren Wohnsitz, ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Beschäftigung auf einem Arbeitsplatz im Sinne des § 156 rechtmäßig im Geltungsbereich dieses Gesetzbuches haben.

(3) Schwerbehinderten Menschen gleichgestellt werden sollen Menschen mit Behinderungen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30, bei denen die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz im Sinne des § 156 nicht erlangen oder nicht behalten können (gleichgestellte behinderte Menschen).

Auszug aus § 2 SGB IX

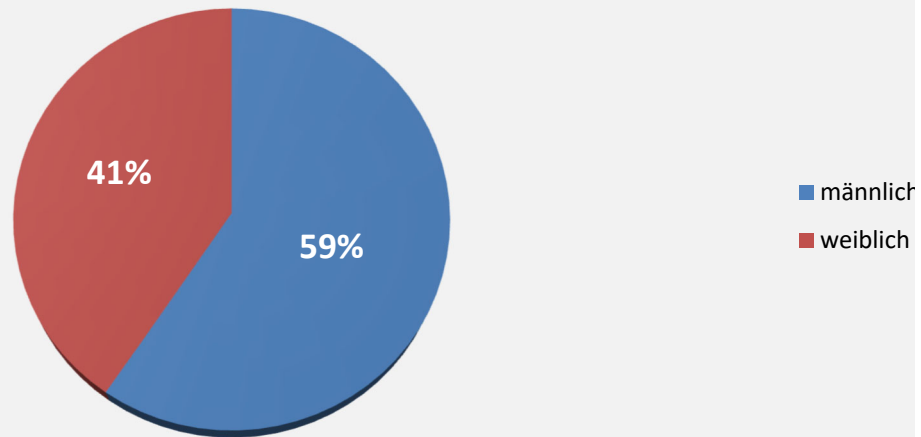
Die nachstehend abgebildete graphische Darstellung zeigt, wie sich der Beschäftigtenanteil schwerbehinderter und gleichgestellter* Menschen bei der Stadtverwaltung Siegen in der Zeit von 2016 bis 2021 verändert hat.

Entwicklung der Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten bei der Stadtverwaltung Siegen von 2016 - 2021



* Im Folgenden wird zur besseren Lesbarkeit auf die Erwähnung gleichgestellter Beschäftigter verzichtet.

Aufteilung nach Geschlecht



Die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter bei der Stadtverwaltung Siegen hat 2021 mit 10,35 % den bislang höchsten Wert erreicht (zum Vergleich 2000 6,29 %, 2005 8,53 %, 2010 9,04 % und 2015 8,85 %). Damit setzt sich der ansteigende Trend seit Ende der 90er Jahre bis heute mit leichten Schwankungen fort. Gemäß § 154 i.V.m. § 158 SGB IX gilt für private und öffentlich-rechtliche Arbeitgeber mit jahresdurchschnittlich mindestens 20 Arbeitsplätzen im Sinne des § 156 eine Pflichtquote von wenigstens 5 Prozent. Diese Quote wird bei der Universitätsstadt Siegen deutlich überschritten. Zum Vergleich: Insgesamt erfüllten 2019 öffentliche Arbeitgeber die Quote mit 6,5 % (Quelle: Jahresbericht 2020/2021 Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen - Integrationsämter).

Nach dem Anzeigeverfahren gemäß § 163 Abs. 2 SGB IX beschäftigte die Stadtverwaltung Siegen zum Stand 31. Dezember 2021 insgesamt 153 Kolleginnen und Kollegen, bei denen eine Schwerbehinderung bzw. Gleichstellung anerkannt ist. Hiervon waren 62 Personen weiblich (41 %) und 91 Personen männlich (59 %). Bei einer nahezu geschlechtsparitätisch zusammengesetzten Stadtverwaltung überwiegt der Anteil männlicher Beschäftigter, wobei der Anteil schwerbehinderter Beschäftigter im Vergleich zum Jahr 2015 im Berichtszeitraum jedoch abgenommen hat (2015 65 %).

Diesbezüglich ist festzustellen, dass in Bereichen mit einem hohen Anteil manueller Tätigkeiten, wie beispielsweise in den Bereichen Abt. 4/1 Straße & Verkehr, Abt. 4/6 Grünflächen, AG 2/2-3 Stadtreinigung oder dem Entsorgungsbetrieb, prozentual mehr Männer beschäftigt sind als im klassischen Verwaltungsbereich (vgl. Seite 9 ff.). Durch die teils körperlich schwer belastenden Tätigkeiten kann es, trotz entsprechender Präventionsmaßnahmen wie der Einsatz von geeignete Arbeitsgerätschaften sowie Beachtung des Arbeitsschutzes, eher zu Erkrankungen, oftmals des Bewegungsapparates, oder Behinderungen kommen, die eine Schwerbehinderung zu Folge haben; insoweit könnte das größere Gefährdungspotenzial im manuellen Bereich ursächlich für den höheren Anteil schwerbehinderter männlicher Beschäftigter sein.

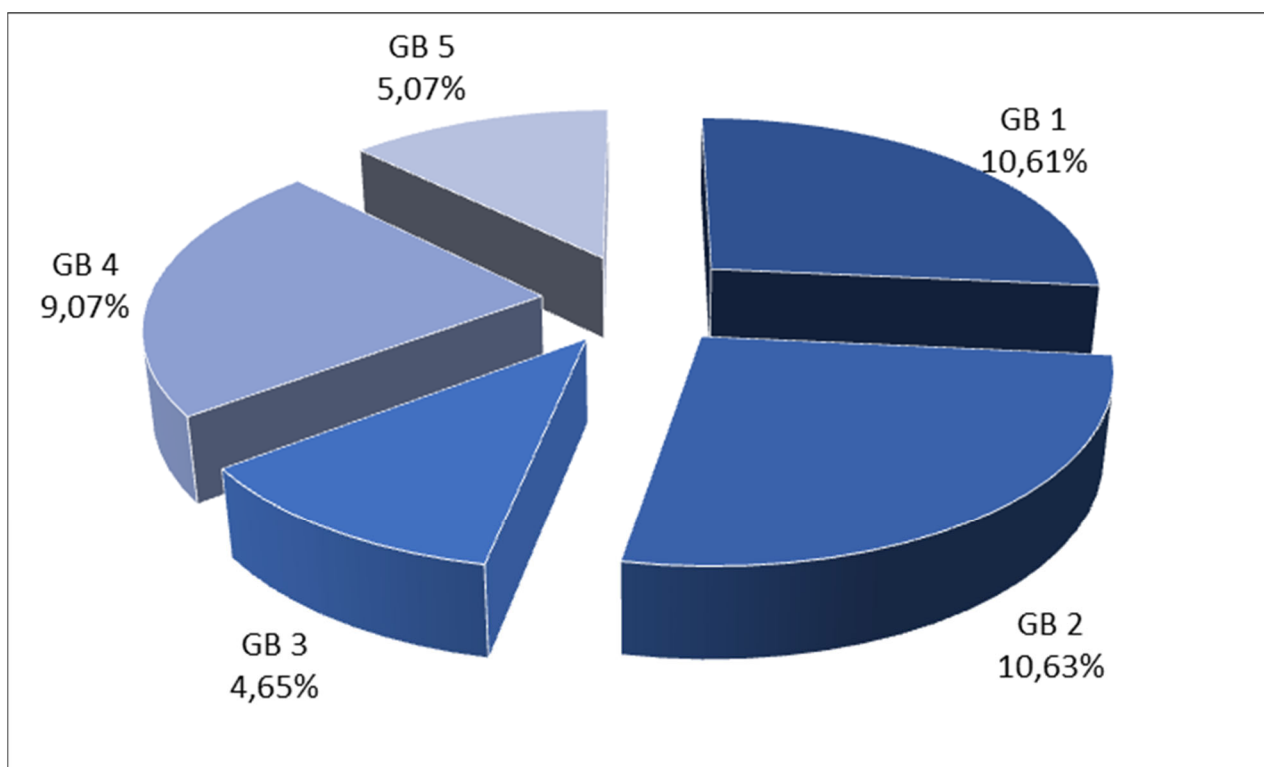
Nach einer Studie betrug die Erwerbstätigenquote von Schwerbehinderten (GdB ≥ 50 %) in Deutschland im Jahr 2018 39 %. Der Frauenanteil erwerbstätiger Schwerbehinderter wurde 2018 mit 35 % (gegenüber 45 % erwerbstätige Männer mit Schwerbehinderung) angegeben (Quelle: www.total-e-quality.de). Die Prozentangaben bilden Schwerbehinderte mit einem anerkannten Grad der Behinderung von 50 oder mehr Prozent ab. Die Stadtverwaltung verfolgt weiterhin die eingangs genannte Zielsetzung der Verbesserung der Beschäftigungssituation und Integration von Frauen und Männern.

Beschäftigung von Schwerbehinderten in den Geschäftsbereichen, Abteilungen und Instituten

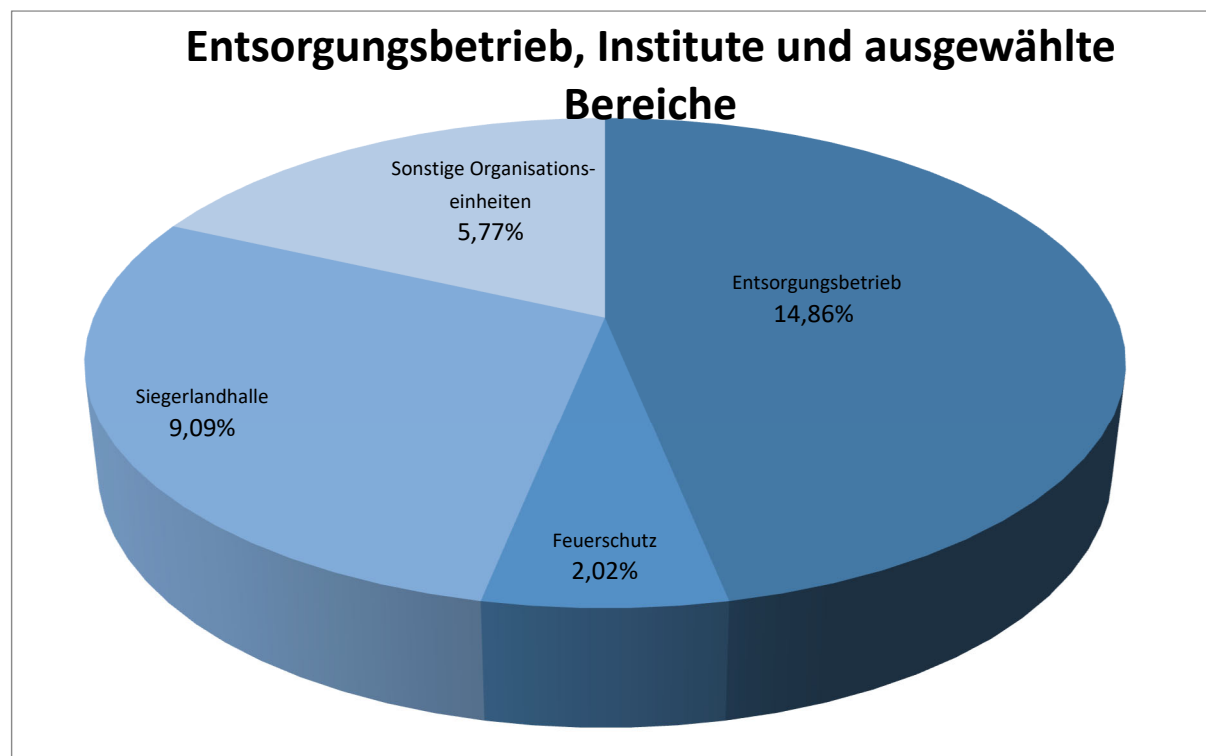
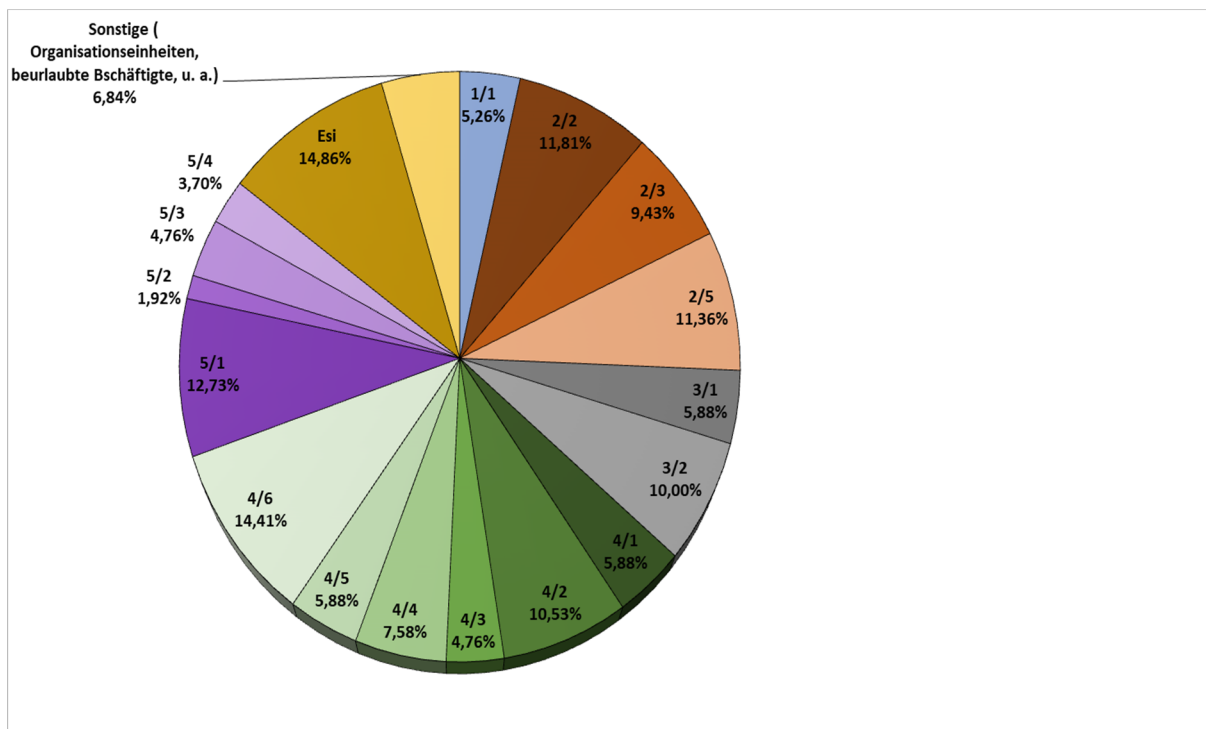
Ausgehend vom Beschäftigtenstand zum Stand 31.12.2021 ist die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen in den jeweiligen Organisationseinheiten der Stadtverwaltung Siegen ermittelt worden. An diesem Stichtag betrug die Quote schwerbehinderter Beschäftigter insgesamt für die Stadtverwaltung 10,35 %.

Die folgende graphische Darstellung zeigt den Beschäftigtenanteil schwerbehinderter Menschen in den fünf Geschäftsbereichen zum Stand 31.12.2021.

Auf einen Vergleich mit den spezifischen Angaben aus früheren Jahren (vgl. Bericht über die Jahre 2013 - 2015) wurde aufgrund organisatorischer Neuzuschnitte und Aufgabenänderung verzichtet.



Die nachstehende graphische Darstellung zeigt die Anteile schwerbehinderter Beschäftigter in der Gesamtverwaltung zum Stand 31.12.2021 in den Abteilungen, Instituten und ESi.



Der Anteil schwerbehinderter Beschäftigter liegt in vielen Abteilungen bzw. Organisationseinheiten über der gesetzlich vorgeschriebenen Quote von 5 %.

2. Integration der beschäftigten schwerbehinderten Menschen

Für die Integration der beschäftigten schwerbehinderten Menschen zeichnen primär die Leitungen der Abteilungen, Institute und Einrichtungen der Stadt Siegen verantwortlich. Um den Erhalt des Beschäftigungsverhältnisses zu sichern, sieht die Inklusionsvereinbarung bei Schwierigkeiten und Störungen in der Zusammenarbeit die Einschaltung des Inklusionsteams vor. So können, falls erforderlich, auch unter Einbeziehung externer Hilfsangebote wie beispielsweise des Integrationsamtes des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, des Sicherheitsingenieurs oder des Arbeitsmedizinischen Dienstes, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation getroffen werden. Dies können beispielsweise die Beschaffung von Arbeitshilfen, eine Veränderung des Arbeitsumfeldes, eine Neustrukturierung des Arbeitsplatzes (zum Beispiel mit veränderten Arbeitsinhalten), eine Umsetzung auf einen anderen Arbeitsplatz innerhalb der Organisationseinheit oder eine flexible Arbeitszeitgestaltung sein.

Nach Arbeitsplatzbesichtigungen bzw. entsprechenden Gesprächen und Untersuchungen mit dem städtischen Sicherheitsingenieur, teils unter Einschaltung des Arbeitsmedizinischen Zentrums, wurde in insgesamt 15 Fällen erreicht, dass die schwerbehinderten Mitarbeitenden auf dem bisherigen Arbeitsplatz bleiben bzw. weiterbeschäftigt werden. Dies erfolgte beispielsweise durch:

- die Anschaffung von auf die jeweilige Behinderung angepassten Arbeitsplatzausstattungen (z.B. spezielle Anpassungen für Rollstuhlfahrer und -innen, Anschaffung eines visuellen Alarmierungssystems bei Beschäftigten mit Schwerhörigkeit)
- Arbeitsassistenzen (z.B. Job Coach, Gebärdens-Dolmetscher, Assistenzhund).

Das Stichwort „Assistenzhund“ ist recht neu. Der Deutsche Bundestag hat am 22.04.2021 mit dem Teilhabestärkungsgesetz auch gesetzliche Regelungen zu Assistenzhunden in Deutschland beschlossen. Der Bundesrat hat dem Gesetz am 28.05.2021 zugestimmt. Das Gesetz tritt am 01.07.2021 in Kraft. Ausführungsrichtlinien hierzu sind geplant.

Folgender Fall verdeutlicht, dass die Stadt Siegen die Integration auch aktiv außerhalb des Beschäftigtenkreises ernst nimmt. In einem Bericht einer lokalen Zeitung wurde eine Person mit einer starken Sehbehinderung vorgestellt die keine Beschäftigung fand. Hier ist die Stadtverwaltung Siegen aktiv auf die Person zugegangen und hat eine Stelle angeboten bzw. ein Praktikum ermöglicht. Derzeit wird an einer Schule die Braille-Schrift erlernt. Voraussichtlich kann dann zum Jahresende 2022 ein Einstieg mit Teilzeitbeschäftigung bei der Stadtverwaltung Siegen erfolgen.

Im Einzelfall kann darüber hinaus auch eine vorübergehende befristete Arbeitszeitreduzierung oder durch teilweise veränderte Arbeitsinhalte hilfreich sein. Im Berichtszeitraum wurden seit 2019 insgesamt 25 leistungsgeminderte bzw. schwerbehinderte Beschäftigte aus Gründen, die in ihren gesundheitlichen Einschränkungen lagen, auf einen ihren Einschränkungen eher passenden Arbeitsplatz umgesetzt.

Im Berichtszeitraum hat das Integrationsteam ein älteres Thema neu betrachtet, das an dieser Stelle vorgestellt werden soll: die sogenannten Außenarbeitsplätze. Das ABC-Fachlexikon „Behinderung und Beruf“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen erläutert, dass es sich bei den sogenannten Außenarbeitsplätzen um die begleitete Arbeit

von Beschäftigten einer Werkstatt für behinderte Menschen in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes handelt. Die dort Beschäftigten behalten auf diesen Arbeitsplätzen ihren Werkstattstatus, bleiben somit trotz ihres Einsatzes in einem Betrieb des allgemeinen Arbeitsmarktes Beschäftigte der Werkstatt für behinderte Menschen. Alle versicherungs- und werkstattrechtlichen Angelegenheiten und auch das dienstliche Weisungsrecht verbleiben bei der Werkstatt für behinderte Menschen.

Ausgelagerte Arbeitsplätze sollen nicht die Arbeitsleistung des Betriebes steigern, sondern dienen der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in das Arbeitsleben. Es geht dabei nicht primär um die Erbringung einer Arbeitsleistung, sondern um Rehabilitation. Menschen mit Behinderungen bietet diese Beschäftigungsform die Möglichkeit, bei einem Arbeitgeber berufspraktische Fähigkeiten und soziale Kompetenzen zu erweitern, die erforderlich sind, um unter Umständen zu einem späteren Zeitpunkt aus der Werkstatt für behinderte Menschen auszuschneiden und ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis mit einem Arbeitgeber des allgemeinen Arbeitsmarktes eingehen zu können. Sofern auch langfristig ein Wechsel in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis behinderungsbedingt nicht realistisch erscheint, bieten Außenarbeitsplätze trotzdem ein höheres Maß an Inklusion als die Beschäftigung in den Räumlichkeiten der Werkstatt für behinderte Menschen. Außenarbeitsplätze sind sowohl befristet als auch unbefristet möglich. Der zeitliche Arbeitsumfang kann individuell vereinbart werden, wobei auch verschiedene Einsatzgebiete in Teilzeitarrangements möglich sind. Das Integrationsprojekt „Außenarbeitsplätze“ bietet daneben Betrieben mittelfristig die Chance auf eine Entlastung der Fachkräfte von bestimmten einfacheren Tätigkeiten, die ansonsten zeitraubend zusätzlich anfallen. Zusätzlich wird häufig von einem positiven Einfluss auf das Betriebsklima und die Arbeitsatmosphäre gesprochen.

Die Auswahl der an dem Projekt Außenarbeitsplätze Teilnehmenden erfolgt durch die Fachdienste der Werkstatt in Absprache oder nach den Vorgaben des aufnehmenden Unternehmens.

Für einen Außenarbeitsplatz kommen grundsätzlich alle Arbeitsfelder in Betracht. Bezogen auf die Universitätsstadt Siegen sind insbesondere folgende Bereiche denkbar:

- die Garten- und Landschaftspflege
- einfache Verwaltungs- und Bürotätigkeiten
- Tätigkeiten in einer Schule (Hausmeisterunterstützung oder Schulassistenten).

Um welches Arbeitsfeld es sich auch handelt: Entscheidend ist, dass die Aufgabe tatsächlich dem individuellen Leistungsvermögen behinderter Beschäftigter entspricht.

Bereits 2010 wurde durch den Rat der Universitätsstadt Siegen ein Inklusionsprojekt beschlossen und bereits zum 01.01.2011 wurde ein Außenarbeitsplatz an der Gesamtschule Eiserfeld eingerichtet. Die Außenarbeitsplätze nach diesem Inklusionsprojekt („Hausmeisterhelfer an Schulen“ – initiiert vom Ministerium für Schule und Weiterbildung) werden als frühe Vorstufe der heutigen Außenarbeitsplätze gewertet. Die Einrichtung geht auf einen entsprechenden Beschluss des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen des Rates vom 06.07.2010 zurück. Zum 01.09.2011 folgten zwei weitere Außenarbeitsplätze an der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule und dem Peter-Paul-Rubens-Gymnasium. Nach den Projektarbeitsphasen, wurden, teils nach vorgeschaltetem Praktikum, Jahresverträge geschlossen. Seit 2011 konnten 11 Außenarbeitsplätze eingerichtet werden, wobei bei 3 Mitarbeitenden nach einer Praktikumsphase festgestellt wurde, dass für die

Aufgabenerledigung keine Eignung bestand. Mit den übrigen Mitarbeitenden wurden Jahresverträge abgeschlossen, wobei in 6 Fällen eine weitere Verlängerung um bis zu 2 Jahre abgeschlossen wurde. 2021/2022 gibt es 2 Außenarbeitsplätze, jeweils einen an der Gesamtschule Eiserfeld und der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule, die die an den Schulen tätigen Hausmeister unterstützen.

2021 wurde die Verwaltung aufgrund eines Antrages der SPD damit beauftragt zu prüfen, inwieweit Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung geschaffen werden können. Wie dem vorherigen Absatz zu entnehmen ist, sind bereits seit mehreren Jahren Außenarbeitsplätze vorhanden und auch 2021/2022 konnten wieder zwei Plätze angeboten werden.

3. Anteil schwerbehinderter Menschen in der Ausbildung

Zum Stichtag 31.12.2021 waren insgesamt 69 Personen (davon 30 weiblich) in einem Ausbildungsverhältnis bei der Stadtverwaltung Siegen. In 2019 begannen 24 Personen (davon 10 weiblich) eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung Siegen, in 2020 waren es 29 Personen (davon 9 weiblich) und in 2021 33 Personen (davon 13 weiblich).

Um den Folgen der altersbedingt zu erwartenden Fluktuation von Schwerbehinderten entgegen zu steuern, soll der Anteil schwerbehinderter Menschen in der Ausbildung gehalten und nach Möglichkeit erhöht werden. Dabei sind schwerbehinderte Frauen besonders zu berücksichtigen.

Das Ziel, mit möglichst einem schwerbehinderten Menschen jährlich ein entsprechendes Ausbildungsverhältnis zu schließen, konnte in den zurückliegenden Jahren nicht durchgängig erreicht werden. 2018 wurde ein Ausbildungsverhältnis mit einer schwerbehinderten weiblichen Auszubildenden, 2020 mit zwei schwerbehinderten männlichen Auszubildenden und 2021 ein Ausbildungsverhältnis mit einem schwerbehinderten Auszubildenden abgeschlossen. In 2019 und 2022 gelang es nicht, ein entsprechendes Ausbildungsverhältnis abgeschlossen werden. Für 2023 wird nach dem bisherigen Stand der Ausschreibungen ein Ausbildungsverhältnis mit einer schwerbehinderten Person (weiblich) begründet werden. Die weiteren Ausschreibungsergebnisse für Herbst 2022 bleiben abzuwarten.

Nach dem vorliegenden Datenbestand unterlag die Quote schwerbehinderter Ausbildungsverhältnisse regelmäßig größeren Schwankungen. Ausgehend von einer Quote von 2,56 % im Jahr 2004 konnte die Quote schwerbehinderter Auszubildender bis zum Jahr 2022 auf 5,00 % gesteigert werden.

Schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern wird im Rahmen bestehender Möglichkeiten die Ableistung eines sechs- bis zwölfwöchigen Praktikums zur Ausbildungserprobung angeboten, wenn aufgrund der Art und Schwere der Behinderung Bedenken im Hinblick auf die angestrebte Ausbildung bestehen. Entsprechende Fallkonstellationen waren in den zurückliegenden Jahren bis in das Jahr 2022 nicht zu verzeichnen. Dies lag einerseits an den Auswirkungen der Pandemie, auf der anderen Seite konnte bei den geringfügigen Anfragen nach Praktika auch nicht weiter differenziert werden hinsichtlich des Vorliegens einer Schwerbehinderung. Aufgrund der auch durch Arbeitsplatz- und Personalressourcen begrenzten Zahl von Praktikumsplätzen ist eine Vergabe bestimmter Plätze an Schwerbehinderte nicht möglich. Die Testverfahren für Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerbern barrierefrei zur Verfügung gestellt, ggf. ohne Zeitvorgabe oder mit Hilfsmittel je nach Behinderung.

Grundsätzlich erfolgen alle Ausschreibungen mit dem Hinweis, dass schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber bei gleicher Eignung besonders berücksichtigt werden. Die Agentur für Arbeit erhält alle Ausschreibungen zur Vermittlung schwerbehinderter Ausbildungsplatzsuchender Menschen.

Die Bewerbungs- und Auswahlverfahren sind komplett barrierefrei. Eignungstests werden nach Abstimmung mit schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern entsprechend angepasst oder erfolgen ohne Zeitvorgabe oder unter Zurverfügungstellung erforderlicher Hilfsmittel.

4. Information an Bereiche

Um bei den Bereichen für den Einsatz von Schwerbehinderten zu werben bzw. Vorbehalte abzubauen, informiert die Arbeitsgruppe 1/1-2 regelmäßig bzw. bei Bedarf über aktuelle Entwicklungen, insbesondere auch Zuschussmöglichkeiten und begleitende Hilfen bei der Beschäftigung Schwerbehinderter sowie über gelungene Inklusionsmaßnahmen. Der Einsatz von Schwerbehinderten ist zwar Aufgabe der Gesamtverwaltung, Entscheidungsträger sind aber insbesondere die Führungskräfte, die eine Entscheidung zum Einsatz eines bzw. einer Schwerbehinderten organisatorisch und praktisch umsetzen. Entsprechende Schulungsmaßnahmen für Führungskräfte und spezielle Informationen wurden im zurückliegenden Jahr nicht realisiert, sollen aber für 2023 erfolgen.

Die Vertrauensperson der Schwerbehinderten hat in 30 Einzelfällen über Förder- und Zuschussmaßnahmen aus den Bereichen Fortbildung, Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit, Arbeitsplatzausstattung, Hilfsmittel, Arbeitsassistenz aus den Angeboten der verschiedenen Reha- und Leistungsträger (LWL, RV, ARGE, Krankenkassen) informiert und Hilfestellung gegeben. Ebenso kann der Sicherheitsingenieur auf eine Vielzahl ähnlicher Maßnahmen verweisen.

5. Schaffung zusätzlicher Stellen bzw. Arbeitszeitkontingente

Mit diesem neuen Thema könnte ein Ausgleich und ein Anreiz für die Beschäftigung schwerbehinderter Personen mit für den jeweiligen Arbeitsplatz relevanten Leistungseinschränkungen gegeben werden. Da die Universitätsstadt Siegen die sogenannte Pflichtquote seit vielen Jahren weit übererfüllt, gab es keine zusätzlich ausgewiesenen Stellen für Schwerbehinderte. Die vom Inklusionsteam speziell ausgewiesenen Stellen sind alle von schwerbehinderten oder auch nicht schwerbehinderten Beschäftigten besetzt. Aus der Altersstruktur der Beschäftigten freierwerdende Stellen können erst wieder neu von schwerbehinderten Kollegen und Kolleginnen besetzt werden, wenn diese Beschäftigten aufgrund Alter oder dauerhafter Erwerbsminderung in Rente gehen.

6. Praktika für Schwerbehinderte

Nicht nur im Ausbildungsbereich, sondern auch im Hinblick auf Neueinstellungen soll schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern im Rahmen bestehender Möglichkeiten die Ableistung eines sechs- bis zwölfwöchigen Praktikums zur Arbeitserprobung angeboten werden, wenn aufgrund der Art und Schwere der Behinderung Bedenken im Hinblick auf die angestrebte Tätigkeit

bestehen. Im Berichtszeitraum gab es 2021 ein Erprobungspraktikum im Arbeitsbereich der Siegerlandhalle. Das Erprobungspraktikum mündete nach positivem Verlauf in einer Einstellung im Februar 2022.

7. Hilfestellung bei Anträgen auf Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft

Seit 2019 gab es rund 400 Beratungen und Hilfestellungen durch die zuständige Vertrauensperson der Schwerbehinderten, insbesondere im Hinblick auf Anträge auf Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft bzw. Änderungsanträge beim Kreis Siegen-Wittgenstein bzw. die Gleichstellung mit einem schwerbehinderten Menschen bei der Agentur für Arbeit.

In der Zeit von 2019 bis 2021 wurden insgesamt 21 Anträge auf Schwerbehinderung gestellt. Davon sind 10 Anträge auf Schwerbehinderung anerkannt worden. Bei 7 Personen ist ein Gleichstellungsantrag gestellt worden und davon haben 5 eine Gleichstellung anerkannt bekommen.

Der Zeitaufwand für die Bearbeitung ist groß, denn allein für diese Anträge muss man mindestens pro Antrag mit 4-5 Gesprächen/ Telefonaten rechnen. Im Kontext sind zahlreiche Unterstützungen / Beratungen der „neuen“ Betroffenen wie auch der Vorgesetzten, bei Wiedereingliederungen plus Fragen zum BEM-Verfahren, bei Arztbesuchen, Besuchen beim AMZ, Beratungen mit dem städtischen Sicherheitsingenieur und ggf. der Brandschutzbeauftragten, Ortsbesichtigungen, Hausbesuche und Unterstützung bei drohender Schwerbehinderung zu bewältigen. Weiterhin erfolgen Zuschriften für die Schwerbehindertenvertretung, Teilnahme an Personalratssitzungen, Vorstellungsgesprächen, Arbeitskreisen und Fortbildungsmaßnahmen.

8. Qualifizierung und Fortbildung

Bei einzelnen Personen kann eine Schwerbehinderung dazu führen, dass die bisherige Tätigkeit nicht mehr ausgeübt werden kann. Im Rahmen der Möglichkeiten erfolgt eine Umsetzung auf einen anderen behinderungsgerechten Arbeitsplatz, ggf. auch in einen berufsfremden Bereich. Falls hierfür eine Qualifizierung bzw. eine Fortbildung erforderlich sein sollte, wird eine entsprechende Maßnahme angeboten. Im Berichtszeitraum konnten 25 schwerbehinderte Kolleginnen und Kollegen nicht mehr auf ihrem bisherigen Arbeitsplatz eingesetzt werden. Hiervon wechselten 20 ohne und 5 mit entsprechenden Qualifikationsmaßnahmen auf leidensgerechte Arbeitsplätze. Aktuell konnte für weitere 5 Beschäftigte ohne zusätzliche Qualifikationen bislang noch kein leidensgerechter Arbeitsplatz angeboten werden. Die betreffenden Kolleginnen und Kollegen befinden sich derzeit (bei Redaktionsschluss) teilweise in Reha oder sind arbeitsunfähig erkrankt.

9. Meldung freier Stellen an die Bundesagentur für Arbeit

Öffentliche Arbeitgeber sind nach § 165 SGB IX verpflichtet, der Agentur für Arbeit frühzeitig freiwerdende und extern neu zu besetzende Arbeitsplätze zu melden. Dies erfolgt auch regelmä-

ßig bei externen Nachbesetzungen durch eine gezielte Meldung an die zuständige Ansprechperson bei der Agentur für Arbeit verbunden mit der Bitte um Vorschläge geeigneter schwerbehinderter Bewerberinnen beziehungsweise Bewerber. Häufig erfolgen keine geeigneten Vorschläge seitens des Jobcenters.

2021 erfolgte keine externe Nachbesetzung mit einer schwerbehinderten Person aufgrund eines entsprechenden Vorschlages der Agentur für Arbeit. Der überwiegende Teil der Nachbesetzungen erfolgt durch interne Ausschreibungen, hierbei wurden im Berichtszeitraum zwei Stellen mit schwerbehinderten Kolleginnen/ Kollegen nachbesetzt.

10. Erhalt von Schwerbehindertenstellen

In Ergänzung der Regelungen zum Erhalt, zur Einrichtung oder Nachbesetzung von entsprechenden Stellen führt das Inklusionsteam eine Liste von Stellen, die nach Möglichkeit schwerbehinderten beziehungsweise leistungsgeminderten Menschen vorbehalten sein sollten.

Der Schwerpunkt der Stellen liegt in der AG 2/2-2 Bereich Überwachung ruhender Verkehr, der Abt. 2/5 Sport und Bäder im Bereich Kassentätigkeit Bäder, dem Institut Museen im Aufsichtsbe- reich und bei der AG 4/4-4 in verschiedenen Bereichen. In den letzten Jahren fanden bei diesen Stellen zahlreiche personelle Fluktuationen oder sonstige Veränderungen statt. Dabei erfolgten eine Reihe von Nachbesetzungen mit schwerbehinderten beziehungsweise gleichgestellten Men- schen. Aber nicht in jedem Fall konnte anlassbezogen direkt eine adäquate Nachbesetzung erfol- gen, so dass einige der Stellen zeitweise auch mit nicht schwerbehinderten Beschäftigten besetzt werden mussten.

Die Regelung der Integrationsvereinbarung, dass bei Vakanzen auch von Stellen, die bislang nicht mit einem schwerbehinderten Menschen besetzt waren, geprüft werden soll, ob eine interne Besetzung mit einer schwerbehinderten Kollegin oder einem schwerbehinderten Kollegen mög- lich ist, wird grundsätzlich beachtet, sofern bekannt ist, dass aus diesem Personenkreis eine Um- setzung notwendig wird oder ansteht. Letztlich bleibt dies aber eher die Ausnahme, denn bei allen Bemühungen im Sinne der Inklusionsvereinbarung zu arbeiten, ist nicht zu verkennen, dass dies in der Praxis aus den verschiedensten Gründen nicht immer gelingt. So kann es beispiels- weise notwendig sein, eine entsprechende Stelle aus Dringlichkeitsgründen schnell zu besetzen (mit einer /einem nicht schwerbehinderten Beschäftigten), da zu diesem Zeitpunkt keine geeig- nete Person mit Schwerbehinderung zur Verfügung stand.

11. Besetzung befristet freiwerdender Stellen mit Schwerbehinderten

Stellen, die lediglich vorübergehend - beispielsweise aufgrund der Inanspruchnahme von Eltern- zeit oder Sonderurlaub - frei werden, sollen vorzugsweise mit entsprechend qualifizierten, exter- nen Schwerbehinderten, möglichst Frauen, besetzt werden.

Im Rahmen weiterer externer Stellenbesetzungsverfahren waren weder Bewerbungen Schwer- behinderter noch entsprechende Vorschläge der Agentur für Arbeit zu verzeichnen. Intern wurde 2021 eine befristet freigewordene Stelle mit einem schwerbehinderten beziehungsweise gleich- gestellten Beschäftigten besetzt.

12. Zuerkennung von Parkplätzen

Nach der Inklusionsvereinbarung werden schwerbehinderte Beschäftigte bei der Vergabe städtischer Parkplätze bevorzugt berücksichtigt. Seit 2019 sind 8 Parkplätze schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen zuerkannt oder ausgewiesen worden.

13. Arbeitsassistenz

Ziffer 6.12 der Inklusionsvereinbarung legt dar, dass, soweit schwerbehinderte Beschäftigte zur Ausübung ihrer Tätigkeit eine Person als notwendige Arbeitsassistenz im Sinne des § 185 Abs. 4 SGB IX benötigen und einsetzen, die Universitätsstadt Siegen diesen Personen im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, den zur Ausübung der Assistenz erforderlichen zeitlichen und räumlichen Zugang zu Einrichtungen der Stadtverwaltung Siegen, sofern dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, gestattet. Die erfolgte seit 2019 in 15 Fällen.

Bilanz und Auftrag

Es soll an dieser Stelle und hier ganz zum Schluss des Berichts nicht unerwähnt bleiben, dass alleine die Vertrauensperson der Schwerbehinderten seit 2019 600 Zuschriften aus dem Personalsektor bearbeitet hat, an rund 30 Vorstellungsgesprächen und den wöchentlichen Personalratssitzungen teilgenommen hat, 720 Beratungs- und Konfliktgesprächen geführt und 60 Haus- und Krankenbesuche stattfanden. Hinzu kommen eine Vielzahl von Gesprächen, Hilfestellungen und Beratungen durch den städtischen Sicherheitsingenieur und weitere Beschäftigte der Arbeitsgruppe Personal.

Wie bereits erwähnt, sind die Leitungen der Bereiche (Abteilungen, Arbeitsgruppen, Institute und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Universitätsstadt Siegen einschließlich der Meisterebene) für die Inklusion der dort jeweils beschäftigten schwerbehinderten Menschen verantwortlich. Die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen ist unter sozialen Gesichtspunkten Aufgabe und Ziel der Universitätsstadt Siegen als Arbeitgeberin, welche alle Organisationseinheiten der Stadtverwaltung gleichermaßen betrifft. Da in einigen Bereichen keine oder nur wenige Schwerbehinderte eingesetzt sind, ist wünschenswertes Ziel, dass alle Abteilungen und Institute sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen und sonstige Organisationseinheiten mittel- bis langfristig den Anteil der dort eingesetzten Schwerbehinderten mindestens auf die vorgeschriebene gesetzliche Beschäftigungsquote erhöhen. Die Anzahl der mit schwerbehinderten Menschen besetzten Stellen wird abteilungsweise - nach Geschlechtern getrennt - ausgewertet und im Inklusionsteam diskutiert. Die Geschäftsbereiche erhalten diese jährlichen Auswertungen für ihren jeweiligen Bereich zeitnah zur Verfügung gestellt.

Der Bericht macht an vielen Stellen deutlich, wie ernst die Stadt Siegen den Integrationsauftrag nimmt. Das Soll wird häufig übererfüllt bzw. wird dies nicht lediglich als reiner Auftrag verstanden, sondern wird durchaus aktiv darüber hinaus eine Verbesserung der Arbeitssituation und -integration schwerbehinderter Menschen angestrebt und erreicht.

Auch wenn hier und da aus den unterschiedlichsten Gründen Wünschenswertes offenbleibt, ist doch das Gesamtfazit sehr positiv zu sehen. Die Stadt Siegen erkennt ihre Vorbildrolle als öffentlicher Arbeitgeber und füllt die Worte „Inklusion“ und „Teilhabe“ selbstverständlich und gerne mit Leben.

Das Inklusionsteam der Stadtverwaltung Siegen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: Entsorgungsbetrieb (ESi)
Bearbeitet von: Herrn Tiller

Siegen, 02.11.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

09.11.2022

Kurzbezeichnung:

Siegdeich Niederschelden - Machbarkeitsstudie

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, Variante D „*Erstellung einer Hochwasserschutzwand*“ weiterzuverfolgen und die Genehmigungsplanung zu erstellen und die wasserrechtliche Genehmigung zu beantragen.

Sachverhalt / Begründung:

Der Siegdeich in Niederschelden zwischen dem ehemaligen Rathaus-Eiserfeld und der Landesgrenze Rheinland-Pfalz ist eine Hochwasserschutzanlage und wurde in den Jahren 1970-1982 in mehreren Bauabschnitten nach den damals gültigen Vorgaben errichtet.

Gemäß § 81 Landeswassergesetz NRW war im Jahr 2021 erstmals ein Statusbericht zu erstellen. In diesem Statusbericht wurden zum Teil erhebliche Mängel an der Deichanlage festgestellt. Die Deichanlage entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen gemäß der gültigen DIN 19712 „Hochwasserschutzanlagen an Fließgewässern“. Mit Schreiben vom 27.08.2021 forderte die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Aufsichtsbehörde die Stadt Siegen auf, unverzüglich die notwendigen Sicherungsmaßnahmen an der Deichanlage vorzunehmen und die Deichunterhaltung umgehend zu intensivieren. In Bezug auf die Sanierungsmöglichkeiten der Hochwasserschutzanlage wurde die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie vereinbart. Diese soll mögliche Sanierungsvarianten zur Ertüchtigung der Hochwasserschutzanlage aufzeigen und priorisieren.

Die Machbarkeitsstudie wurde im März dieses Jahres beauftragt und liegt nun vor. Erstellt wurde die Studie von der HPC AG, Reichshof. Die Erstellung wurde von der Bezirksregierung intensiv begleitet.

Das folgende Ergebnis ergibt sich aus der Machbarkeitsstudie:

Der bestehende Deich entspricht nicht den anerkannten Regeln der Technik. Die Mängel sind im Wesentlichen:

- eine nicht ausreichende Deichkronenbreite von mindestens 3 Metern
- es ist kein Deichverteidigungsweg von mindestens 4 Metern Breite vorhanden
- die verwendeten Materialien sind zum Teil ungeeignet
- der Bewuchs auf der Deichanlage ist unzulässig.

Neben dem rein technischen Hochwasserschutz wurden die Belange des Naturschutzes und die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse ergeben sich 4 Sanierungsmöglichkeiten:

- *Variante A: Ertüchtigung des vorhandenen Deiches, gem. DIN 19712 Hochwasserschutzanlagen an Fließgewässern*

Der Deich wird in wesentlichen Bereichen neu aufgebaut. Die Herstellung der Dichtigkeit erfolgt mittels Spundwand. Aufgrund der notwendigen Deichkronenverbreiterung und des notwendigen Deichverteidigungsweges auf der Landseite wird eine Inanspruchnahme von angrenzenden Privatgrundstücken im größeren Umfang erforderlich. In manchen Abschnitten reichten die vorhandenen Flächen aufgrund der vorhandenen Bebauung nicht aus. Ein Bewuchs, ausgenommen Grasnarbe, wäre nicht mehr zulässig.

- *Variante B: Mindestanforderung zur Ertüchtigung des vorhandenen Deiches unter Berücksichtigung der örtlichen Randbedingungen, z.B. Eigentumsverhältnisse*

Die Variante entspricht im Ansatz der Variante A. Bei dieser Variante wird die Böschung zwischen Deichkrone und Deichverteidigungsweg durch eine Mauer ersetzt. Aufgrund dieser Konstruktion verringert sich die Deichbreite und es werden weniger private Flächen in Anspruch genommen. In den Bereichen, wo ein Deichverteidigungsweg aufgrund der Bebauung nicht möglich ist, wird die Deichkrone auf 4 Meter verbreitert. Ein Bewuchs, ausgenommen Grasnarbe, wäre nicht mehr zulässig.

- *Variante C: Rückverlegung des Deiches zwischen Feuerwehrrgerätehaus und Landesgrenze, ansonsten Variante B*

Die Variante sieht die Rückverlegung des Deiches auf den Wiesenflächen vor. Die Grundstücke befinden sich in Privatbesitz. Inwieweit hier eine Zustimmung zur Flächenbereitstellung erfolgt, ist offen. Ein Bewuchs, ausgenommen Grasnarbe, wäre nicht mehr zulässig.

- *Variante D: Erstellung einer Hochwasserschutzwand*

Bei dieser Variante wird an der wasserseitigen Böschungsoberkante eine Hochwasserschutzwand eingebracht. Diese übernimmt den Hochwasserschutz bezüglich Dichtheit und Standsicherheit. Die Anforderungen an eine Deichanlage entfallen.

Der vorhandene Fuß-/Radweg wird neu hergestellt.

Ein Bewuchs ist sowohl wasser- als auch landseitig möglich.

Zur Errichtung der Hochwasserschutzwand ist es jedoch notwendig, den Bewuchs für die Baumaßnahme wasserseitig zu beseitigen.

Die Sanierungsmöglichkeiten wurden mittels einer Bewertungsmatrix abgewogen. Hierfür wurden 11 Kriterien mit unterschiedlichen Wichtungen erarbeitet. Die Matrix ist der Vorlage beigelegt.

Das Ergebnis der Bewertungsmatrix zeigt deutlich, dass die Variante D „Hochwasserschutzwand“ die anzustrebende Sanierungsvariante darstellt. Gewichtige Vorteile dieser Variante sind, dass sich die Baumaßnahme auf öffentliche Grundstücke beschränkt und der vorhandene Bewuchs auf der Luftseite der Anlage in großen Teilen erhalten bleiben kann. Allerdings muss der Bewuchs auf der Wasserseite zur Herstellung der Hochwasserschutzwand auf dem Deichkörper beseitigt werden. Neuanpflanzungen auf der Land- und Wasserseite sind nach Abschluss der Bauarbeiten möglich. Letztendlich sind auch die Gesamtkosten der Vorzugsvariante im Vergleich am geringsten. Zu erwarten ist auch eine deutlich kürzere Bauzeit.

Das weitere Vorgehen sieht die Genehmigungsplanung und wasserrechtliche Genehmigung für die Variante D im Jahr 2023 vor. Da die Bäume wasserseitig nicht gehalten werden können werden diese kurzfristig zur Verbesserung des Hochwasserschutzes entnommen. Landseitig ist zunächst kein Eingriff in den Bewuchs vorgesehen. Dies wird von der Aufsichtsbehörde mitgetragen. Nach Fertigstellung der Hochwasserschutzwand entfallen die Deicheigenschaften.

Die Maßnahme wird voraussichtlich mit Landesmitteln in Höhe 80-90% gefördert. Die Kostenannahme geht von ca. 8 Mio.€ für Ingenieur- und Bauleistung aus.

Die Machbarkeitsstudie wurde in der zurückliegenden Woche mit Vertretern der Heimat- und Verschönerungsgruppe Niederschelden erörtert. Sie befürworten die Umsetzung der Variante D. Darüber hinaus ist beabsichtigt in einer Bürgerinformationsveranstaltung die Öffentlichkeit zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
ca. 8 Mio. Euro		10 – 20 %		<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

Klimaschutz



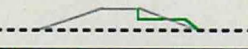


Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input checked="" type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Bauarbeiten mit den entsprechenden Umwelteinflüssen			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez.

Stephan Roth Christof Quandel
 Betriebsleitung

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage: Bewertungsmatrix mit Gewichtungskriterien

 Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESI) Machbarkeitsstudie Siegedeich / Niederscheldchen Bewertungsmatrix der Sanierungsvarianten			Proj.-Nr. 2221160							
			Variante A		Variante B		Variante C		Variante D	
										
Rang	Bewertungskriterium	Wichtung Bewertungskriterium	Ertüchtigung der best. Deichanlage (Ausbau im Bestand mit Berme und DVW, Abdichtung mit Spundwand)		Ertüchtigung der best. Deichanlage (Ausbau im Bestand mit BS und DVW, Abdichtung mit Spundwand)		Ertüchtigung der best. Deichanlage (Ausbau im Bestand mit Berme und DVW inkl. abschnittsweise Deichrückverlegung, Abdichtung mit Spundwand und Oberflächenabdichtung)		Neubau einer Hochwasserschutzwand als Ersatz für bestehende Deichanlage (Ausbau im Bestand mit Anlage eines Unterhaltungsweges, Abdichtung mit Spundwand)	
			Punkte	Wichtung	Punkte	Wichtung	Punkte	Wichtung	Punkte	Wichtung
1.	Wasserechtl. Genehmigung / Verfahrensrisiken	20%	2	0,40	3	0,60	1	0,20	4	0,80
2.	Akzeptanz	15%	1	0,15	1	0,15	2	0,30	4	0,60
3.	Dauerhafte Inanspruchnahme privater Grundstücksflächen	10%	2	0,20	3	0,30	1	0,10	4	0,40
4.	Beeinträchtigung der bestehenden Bewuchssituation (Bewuchserhalt)	10%	1	0,10	1	0,10	2	0,20	3	0,30
5.	Verbesserung Hochwasserabflusspotenziale (Abflussquerschnitt)	10%	1	0,10	1	0,10	4	0,40	1	0,10
6.	Hochwasserschutz während der Bauphase	10%	2	0,20	2	0,20	3	0,30	4	0,40
7.	Anlagenunterhaltung und -verteidigung	10%	3	0,30	3	0,30	3	0,30	4	0,40
8.	Integrierung in Landschaftsbild	5%	2	0,10	2	0,10	3	0,15	4	0,20
9.	Gesamtkosten (brutto) €	4%	2	0,08	1	0,04	3	0,12	4	0,16
10.	Vorteile für spätere Kanalunterhaltung	3%	1	0,03	2	0,06	4	0,12	3	0,09
11.	Bauzeit	3%	2	0,06	1	0,03	3	0,09	4	0,12
Summe			100%		1,72		1,96		2,28	
Gesamtkosten (brutto) (geschätzt, gerundet)			13.080.680 €		15.855.800 €		12.902.000 €		7.971.500 €	

Gewichtungskriterien

Folgende Gewichtungskriterien wurden im Rahmen der Bewertung berücksichtigt:

1. „Wasserrechtliche Genehmigung / Verfahrensrisiken“ meint wie hoch das Risiko je Variante ist, dass keine wasserrechtliche Genehmigung erteilt werden kann, z.B. aufgrund fehlender Einverständnisse betr. privater Grundstückseigentümer. Als wesentliches Kriterium ging mit einem relativen Gewichtsanteil von 20 % in die Wertung ein.
2. „Akzeptanz“ bewertet die objektive Annahme der jeweiligen Variante durch die Öffentlichkeit. Das Kriterium ging mit 15 % in die Wertung ein.
3. Das Kriterium „Dauerhafte Inanspruchnahme privater Grundstücksflächen“ bewertet die jeweilige Variante in Bezug auf den Umfang der erforderlichen dauerhaften Inanspruchnahmen als Voraussetzung für dessen Umsetzbarkeit. Das Kriterium ging mit einem Anteil von 10 % in die Wertung ein.
4. Als wesentliches Beurteilungskriterium sind die aus der jeweiligen Variante resultierenden Möglichkeiten zum Erhalt des bestehenden Gehölzbestandes im Umfeld der heutigen Hochwasserschutzanlage verstanden. Die Erhaltung der heutigen Bewuchssituation ist ein Kernpunkt innerhalb der öffentlichen Diskussion und ging mit einem Gewichtsanteil von 10 % in die Gesamtbewertung ein.
5. Das fünfte Kriterium beurteilt die Potenziale der jeweiligen Variante hinsichtlich der Verbesserung des Hochwasserschutzes durch Schaffung zusätzlicher Abflusskapazitäten und Retentionsbereiche. Das Kriterium ging ebenfalls mit 10 % in die Gesamtbewertung ein.
6. Als weiteres Bewertungskriterium wurde die praktische Umsetzung der jeweiligen Variante vor dem Hintergrund der Aufrechterhaltung des Hochwasserschutzes während der Bauausführung berücksichtigt. Bewertet wird also welche Variante welchen Umfang an zusätzlichen also temporären Hochwasserschutzmaßnahmen während der Bauausführung erfordert. Das Kriterium floss mit 10 % Gewichtung in die Gesamtbewertung ein.
7. Das Kriterium „Anlagenunterhaltung und -verteidigung“ schätzt die jeweiligen Vor- und Nachteile der jeweiligen Variante vor dem Hintergrund der zu erwartenden Betriebssituation ein. In der Gesamtbewertung erhält das Kriterium einen Anteil von 10 %.
8. Das Kriterium „Integrierung in Landschaftsbild“ bewertet die Potenziale der einzelnen Varianten bzgl. deren Einbindung in das heutige Landschaftsbild nach Umsetzung. Das Kriterium ging mit 5 % in die Gesamtbewertung ein.
9. Die „Gesamtkosten“ der jeweiligen Variante gingen mit einem Anteil von 4 % in die Gesamtbewertung ein.
10. Beurteilt wurden zudem Vor- und Nachteile bzgl. der späteren Kanalunterhaltung bezogen auf die im Bereich der heutigen Hochwasserschutzanlage verlegten Kanalisation (Gewichtung 3 %).
11. Die Dauer der Maßnahmenumsetzung in Bezug auf die Bauumsetzung (ohne Planungszeitraum) wurde ebenfalls bewertet und ging mit einem Anteil von 3 % in die Gesamtbewertung ein.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2
Bereich: Sport und Bäder
Bearbeitet von: Leonard Wied/Martin Wagner

Siegen, 17.10.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss **02.11.2022**

Rat **09.11.2022**

Kurzbezeichnung:

Außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2022 zur Beschaffung eines Schleppers für die Sportplatzpflege

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 83 GO NW und § 85 GO NW die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 40.000,00 € für das Haushaltsjahr 2022 zur Beschaffung eines Schleppers für die Sportplatzpflege Investitionsmaßnahme V080201110.

Die Deckung erfolgt durch geringere Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei der Investitionsmaßnahme H030102102 – Spandauer Schule, Umbau ehem. RS Am Häusling.

Sachverhalt / Begründung:

Die Stadt Siegen betreibt 19 Sportplätze, wovon 12 Sportplätze in Kunstrasenausführung ausgebaut sind. Vier dieser Anlagen sind zusätzlich mit Tartan-Leichtathletikanlagen ausgestattet. Mit dem Leimbachstadion - als überregionaler Sportstätte - und dem Hofbachstadion mit seinen Tartan-Leichtathletikanlagen runden zwei bedeutende Sportanlagen den sportlichen Bedarf in Siegen ab.

Für die Pflege und Unterhaltung dieser Sportanlagen sind bei der Sport- und Bäderabteilung vier Sportstättenunterhaltungsarbeiter angestellt. Diese verfügen für Ihre Tätigkeiten auf den Außenplätzen jeweils über einen Schlepper, welcher für die anfallenden Arbeiten zwingend benötigt wird. An diesen werden beispielsweise Maschinen zur Rasenpflege angehängt. Gleichzeitig dient der Schlepper dem Transport diverser Arbeitsmaterialien.

Leider kam es in dieser Saison zu einem Ausfall eines Schleppers, welcher einen wirtschaftlichen Totalschaden ausweist. Bei einer Restnutzungszeit von 2 Jahren ergibt eine Reparatur, welche nach erstem Kostenvoranschlag bei rund 17.000 € liegt, wirtschaftlich keinen Sinn.

Um weiterhin eine reibungslose Platzpflege sämtlicher Sportplätze im Stadtgebiet sicherstellen zu können, ist es zwingend erforderlich, dass die Neubeschaffung eines Schleppers erfolgen kann. Ferner soll hierdurch die Gefahr von Folgeschäden und den damit verbundenen Störungen im Betriebsablauf der Platzpflege minimiert werden.

Damit die Bestellung schnellstmöglich erfolgen kann – Lieferzeit ca. 3-4 Monate – bedarf es der Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 40.000 €. Die Deckung erfolgt durch geringere Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei der Investitionsmaßnahme H030102102 – Spandauer Schule, Umbau ehem. RS Am Häusling. Die Mittel werden nach erfolgter Bestellung im Haushaltsjahr 2023 kassenwirksam.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
40.000 €		40.000 €		

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan HH 2022	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode V080201110 Sachkonto 7831000
--	--	-------------------------------	----------------------------------	---

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz <div style="height: 60px;"></div>			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) <div style="height: 40px;"></div>			

--

Im Auftrag

gez.

Arne Fries
Stadtrat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: 5/1, 3/1

Siegen, 17.10.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

02.11.2022

Rat

09.11.2022

Kurzbezeichnung:

Bericht gemäß Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen in den Kommunen im Land NRW

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht gem. § 6 Abs. 1 der Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahme zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen in den Kommunen im Land NRW zum Stichtag 30.09.2022 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Für die Darstellung des Sachverhaltes wird auf die Vorlage Nr. 1046/2022 zum Stichtag 30.06.2022 verwiesen.

Gemäß § 6 Abs. 1 KommunalhaushaltsrechtsanwendungsVO UA-Schutzsuchenden-aufnahme sind alle Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen zu erfassen. Ferner ist zum jeweiligen Quartalsende Bericht zu erstatten und die Berichte sind der Aufsichtsbehörde zuzuleiten.

In der folgenden Aufstellung werden die Erträge und Aufwendungen zum Stichtag 30.09.2022 aufgeführt:

Erträge	
Bundeszuweisungen	1.520.875,92 €
Landeszuweisungen	1.298.500,00 €
sonstige Einnahmen (Erstattungen, etc.)	552.191,38 €
SUMME	3.371.567,30 €

Aufwendungen	
Grundleistungen	1.250.556,41 €
Unterkunftskosten (Miete, etc.)	509.982,37 €
Krankenhilfe	686.850,00 €
weitere Leistungen (Bildung und Teilhabe, Geld- und Sachleistungen, Erwerb bewegl. Vermögen)	122.369,53 €
Unterhaltungskosten (Gebäude, bewegl. Vermögen und Bewirtschaftungskosten)	54.608,56 €
Personalkosten	23.087,85 €
SUMME	2.647.454,72 €

SUMME Einzahlungen	3.136.912,20 €
SUMME Auszahlungen	2.643.969,27 €

Es ergibt sich (Ergebnis) zum Stichtag 30.09.2022 ein Überschuss in Höhe von ca. 720 T€.

Durch den Rechtskreiswechsel des größten Anteils der geflüchteten Leistungsberechtigten zu den Jobcentern sind die Steigerungen der Aufwendungen im 3. Quartal vor allem bei den Kranken-, Unterkunfts- und Personalkosten zu verzeichnen. Die Erhöhung der sonstigen Einnahmen resultiert aus Erstattungsanträgen gegenüber den nun zuständigen Trägern (z.B. Jobcenter).

Die dritte Tranche der Bundesmittel-Beteiligung steht weiterhin aus. Sie wird jedoch voraussichtlich wesentlich geringer ausfallen als die bisherigen Bundeszuweisungen.

Aufgrund des zuletzt erheblichen Anstiegs an Zuweisungen von Flüchtlingen aus der Ukraine und prognostizierter Flüchtlingszahlen für den Herbst/Winter 2022/2023 ist mit einem weiteren Anstieg der Aufwendungen zu rechnen. Ferner ist weiterhin festzustellen, dass einige Rechnungen (z.B. Krankenhilfe, die einen erheblichen Teil der Kosten ausmachen wird) mit erheblicher zeitlicher Verzögerung bei der Sozialverwaltung eingehen.

Gleichzeitig ist jedoch ebenfalls zu berücksichtigen, dass laufende Erstattungsverfahren auch weitere Erträge erwarten lassen. Allerdings ist auch dies nur mit zeitlichem Verzug zu erwarten.

Eine verlässliche Prognose hinsichtlich des Saldos zum Jahresende ist aufgrund der dynamischen Entwicklung in der Flüchtlingsbewegung, sowie der oben geschilderten Umstände und Verfahrensabläufe nicht möglich.

Der im letzten Bericht prognostizierte Saldo von - 400 T€ zum Jahresende wird sich wahrscheinlich noch erhöhen, da durch die Übernahme des Krankenhauses Kredenbach ein aktuell nicht abschätzbarer Kostenfaktor hinzukommt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stadtentwicklung
Bearbeitet von: Frau Peter, Frau Bätzing

Siegen, 17.08.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	20.10.2022
Haupt- und Finanzausschuss	02.11.2022
Rat	09.11.2022

Kurzbezeichnung:

Neufassung der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Erhaltung und Erneuerung dörflicher Strukturen und historischer Bausubstanz der Stadt Siegen" (ehemals "Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung der Dorferneuerung der Stadt Siegen")

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Neufassung der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Erhaltung und Erneuerung dörflicher Strukturen und historischer Bausubstanz der Stadt Siegen".

Diese bildet ab dem 01.01.2023 die Grundlage für die Bescheidung der Förderanträge für o.a. Zweck und löst damit die "Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung der Dorferneuerung der Stadt Siegen" vom 25.05.2016 (Ordnungsziffer 90.610, Ortsrecht der Stadt Siegen) ab. In der Zeit zwischen dem 15.09.2022 (Ende der Antragsfrist Antragsjahr 2022 nach abzulösender Richtlinie) und dem 31.12.2022 können keine Förderanträge gestellt werden.

Sachverhalt / Begründung:

Die Stadt Siegen verfolgt bereits seit vielen Jahren das Ziel, Maßnahmen zur Erhaltung der ortsbildprägenden Bausubstanz in den dörflich strukturierten Stadtteilen Siegens zu unterstützen. Dafür werden im Haushalt jährlich 50.000 € Fördermittel bereitgestellt, die bislang gemäß der "Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung der Dorferneuerung der Stadt Siegen" bewilligt und ausgezahlt werden.

Die letzte Anpassung der Richtlinie erfolgte im Jahr 2016. In den folgenden Jahren wurden durchschnittlich 4,67 Anträge bewilligt. Die Anzahl der bewilligten Anträge und Fördersummen (unterteilt in private Antragstellende und antragstellende Vereine) seit 2016 sind folgender Tabelle zu entnehmen:

Förderjahr	2016		2017		2018		2019		2020		2021	
Anzahl bewilligte Anträge	6	Vereine: 5 Private: 1	7	Vereine: 5 Private: 2	4	Vereine: 3 Private: 1	4	Vereine: 2 Private: 2	5	Vereine: 4 Private: 1	2	Vereine: 1 Private: 1
bewilligte Fördersumme	24.572,00 €	Vereine: 21.572,00 € Private: 3.000,00 €	43.938,00 €	Vereine: 40.166,00 € Private: 3.772,00 €	14.936,00 €	Vereine: 11.936,00 € Private: 3.000,00 €	17.466,00 €	Vereine: 12.673,00 € Private: 4.793,00 €	14.473,00 €	Vereine: 13.867,00 € Private: 606,00 €	5.297,00 €	Vereine: 2.614,00 € Private: 2.683,00 €

In den letzten Jahren bestand nur eine geringe Nachfrage nach den Fördermitteln, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass Antragstellende bis zu 1,5 Jahre ab Antragstellung warten müssen, bis sie den Zuwendungsbescheid erhalten und mit der Maßnahme beginnen können.

Außerdem besteht mittlerweile für private Bauherren in den Stadtteilen, die Teil der Förderkulisse Dorferneuerung NRW sind, die Möglichkeit, Dorferneuerungs-Fördermittel des Landes zu beantragen. Hier werden Maßnahmen mit 35 % der förderfähigen Kosten und einer Maximalsumme von 50.000 € gefördert (zum Vergleich: Dorferneuerung SI: 30 % der förderfähigen Kosten bis maximal 2.000 € (ortsbildprägende Gebäude) bzw. 3.000 € (denkmalgeschützte Gebäude)). Insbesondere bei größeren Baumaßnahmen ist somit die Landesförderung deutlich attraktiver.

Auf der anderen Seite bestehen für Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien in den eher städtisch geprägten Stadtteilen Siegen-Mitte, Weidenau und Geisweid außerhalb der Denkmalförderung des Landes keine Fördermöglichkeiten für den Erhalt historischer Bausubstanz, wenngleich auch hier ein hoher Bedarf an Unterstützung zu erwarten ist.

Die Ziele der Überarbeitung des Förderprogramms sind also zum einen die Attraktivitätssteigerung des Programms, sodass es vermehrt von den Siegerner Vereinen sowie Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird und zum anderen soll die Förderkulisse auf das gesamte Stadtgebiet erweitert und somit zukünftig sowohl der Erhalt der dörflichen Strukturen als auch der historischen Bausubstanz in allen Stadtteilen gefördert werden. Wie bisher bleiben juristische Personen (zum Beispiel GmbHs) von der Förderung ausgenommen, weil diese ihre Kosten für Investitionen auch auf anderen Wegen geltend machen können und im Rahmen dieser Förderung explizit das Ehrenamt und die Privatpersonen unterstützt werden sollen.

Für die Erreichung dieser Ziele wurden im Wesentlichen folgende Dinge geändert:

- Die Richtlinie wurde kompakter und leichter verständlich formuliert.
- Die ausschließliche Förderung der Maßnahmen und Projekte in den dörflich geprägten Stadtteilen wurde dahingehend ausgedehnt, dass das Fördergebiet sich nun auf das gesamte Stadtgebiet bezieht. Die einzige Ausnahme ergibt sich hinsichtlich der in Aussicht stehenden Fördermöglichkeit der Fassaden- und Dachsanierung aufgrund der Bewilligung des Fassadenprogramms (vgl. VL 1061/2022) im Rahmen der Städtebauförderung für den Geltungsbereich „Rund um den Sieberg“ (keine Doppelförderung möglich). Konkret bedeutet dies, dass in dem hier in Rede stehenden Förderprogramm der Geltungsbereich von „Rund um den Sieberg“ für den Fördertatbestand Dach- und Fassadensa-

nierung inklusive Fenster und Türen für natürliche Personen ausgeklammert wird. Für Vereine ist eine Antragstellung für die entsprechenden Fördertatbestände im Bereich des Fassadenprogramms möglich.

- Weiterhin ist die Voraussetzung für eine Förderung die Einstufung des Gebäudes bzw. des Umfeldes als historisch und/oder ortsbildprägend (die Bewertung erfolgt durch die entsprechenden Fachabteilungen der Universitätsstadt Siegen; vornehmlich Untere Denkmalschutzbehörde und Arbeitsgruppe Stadtentwicklung).
- Der Prozess der Abwicklung der Fördermaßnahme von der Antragstellung über die Genehmigung und Umsetzung bis zur Auszahlung der Fördermittel wurde vereinfacht und beschleunigt.

Zudem gibt es eine weitere Änderung in der überarbeiteten Richtlinie. Da die zur Verfügung stehenden Mittel für die denkmalgeschützten Objekte aufgrund der in der Regel höher anfallenden Kosten keinen wesentlichen Unterstützungsbeitrag leisten können, wird durch die Untere Denkmalschutzbehörde aktuell ein eigenes Förderprogramm für denkmalgeschützte Objekte erarbeitet. Um eine Doppelförderung durch die Stadt Siegen zu vermeiden, werden denkmalgeschützte Objekte künftig nicht durch das hier vorgestellte Förderprogramm zur Erhaltung und Erneuerung dörflicher Strukturen und historischer Bausubstanz gefördert.

Die neue Richtlinie wurde durch das Rechtsamt auf Rechtskonformität geprüft und die neue Verfahrensweise mit der Kämmerei und dem Sitzungsdienst abgestimmt.

Folgende **wesentliche Eckpunkte** sind Bestandteil der überarbeiteten Richtlinie (die komplette Richtlinie liegt der Vorlage als Anhang bei):

Förderhöchstbeträge

In Bezug auf die Förderhöchstbeträge sollen künftig folgende Werte gelten:

	Förderhöchstbetrag bei Maßnahmen und Projekten gemäß:	
	4.1. Erhaltung der ortsbildprägenden und historischen Bausubstanz	4.2. Aufwertung von ortsbildprägenden Außenanlagen und Freiflächen
Eingetragene Vereine Förderquote: 50 % der förderfähigen Brutto-Gesamtkosten	maximal 10.000 €	maximal 1.000 €
Natürliche Personen Förderquote: 30 % der förderfähigen Brutto-Gesamtkosten	maximal 3.000 €	maximal 1.000 €

Die Förderhöchstbeträge für die Aufwertung von ortsbildprägenden Außenanlagen und Freiflächen sind auf maximal 1.000 € begrenzt worden, weil die Investitionen in diesem Bereich erfahrungsgemäß nicht so hoch ausfallen, wie bei Hochbaumaßnahmen. Vereine werden nach wie vor bei Baumaßnahmen an ortsbildprägenden und/oder historischen Gebäuden mit einem Maximalbetrag von 10.000 € unterstützt. Bei Förderungen von Projekten und Maßnahmen von natürlichen Personen wurde der Maximalbetrag aufgrund der steigenden Preise für Material und Handwerker im Bausektor auf 3.000 € erhöht (alte Richtlinie 2.000 €).

Zeitlicher Ablauf von der Antragstellung bis zur Auszahlung der Fördermittel

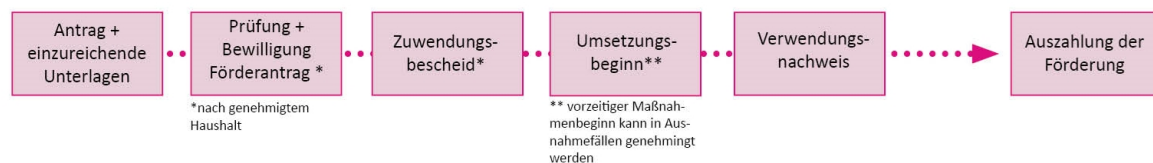
Wie oben beschrieben soll der Ablauf von der Einreichung eines Antrags auf Förderung bis zur Bewilligung und Auszahlung der Fördermittel für die Antragstellenden vereinfacht werden. Künftig können Anträge das ganze Jahr über gestellt und zeitnah durch die Fachabteilung bearbeitet werden. Die Versendung des Zuwendungsbescheides kann dann ab der Genehmigung des Haushalts im laufenden Jahr erfolgen. Letzter möglicher Termin für eine Antragstellung soll der 30.09. sein. Der Umsetzungszeitraum wird auf ein Jahr ab Versendung des Zuwendungsbescheids festgelegt. Der Verwendungsnachweis kann nach Abschluss der Maßnahme bis 30.11. eingereicht werden, sodass die Auszahlung der Förderung im entsprechenden Haushaltsjahr erfolgen kann.

Dieses neue Vorgehen hat zur Folge, dass die Förderung jeder einzelnen Maßnahme nicht mehr, wie bislang praktiziert, zunächst der Politik zur Beschlussfassung vorgelegt wird, sondern die Anträge, wenn sie der hier zur Abstimmung vorgestellten Richtlinie entsprechen, zeitnah von der Fachabteilung genehmigt werden. Am Ende des Förderjahres wird dann ein Bericht über die geförderten Maßnahmen in den politischen Gremien gegeben.

Umsetzungsschritte im Antrags- und Bewilligungsverfahren

Das Antrags- und Bewilligungsverfahren veranschaulicht das folgende Schaubild:

Der Weg zu Ihrer Förderung



Zur Erreichung der oben genannten Ziele schlägt die Verwaltung die Neuausrichtung des Förderprogramms und die Änderung der bestehenden Richtlinie gemäß der beiliegenden Fassung vor.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
jährlich 50.000 €				<input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
2023				09020100
				Sachkonto
				5215000

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

1. Förderzweck - Was soll erreicht werden?

Die Universitätsstadt Siegen hat ein großes Interesse daran, ihre insgesamt 23 Stadtteile mit ihrem Ortsbild und der vorhandenen historischen Bausubstanz zu erhalten und entsprechend den gegenwärtigen und künftigen Erfordernissen nachhaltig zu entwickeln. Die historische Bausubstanz Siegens ist dabei zum Teil unter Denkmalschutz gestellt, aber auch die nicht als Denkmal deklarierte historische Bausubstanz ist als wertvoll und erhaltenswert anzusehen. Da im Bereich der Denkmalpflege eigene Auflagen und Vorgaben bestehen und ein separates Förderprogramm durch die Universitätsstadt Siegen vorgesehen ist, sind Maßnahmen im Denkmalbereich im Rahmen dieser Richtlinie nicht förderfähig.

Viele Bürgerinnen und Bürger bringen sich aktiv bei der Gestaltung ihrer Heimat ein, sei es durch ihren ehrenamtlichen Einsatz in Vereinen oder beim Erhalt ihres privaten Eigentums. Dabei tragen Investitionen in leerstehende, ortsbildprägende oder besonders erhaltenswerte Bausubstanz oder in ortsbildprägende Außenanlagen und Freiflächen dazu bei, das Ortsbild zu wahren und die Lebens- und Wohnqualität in den Stadtteilen zum Wohle der Allgemeinheit weiterzuentwickeln.

So sind die Gestaltung und die Entwicklung des bebauten und unbebauten Raums wesentliche Elemente einer zukunftsorientierten Stadtteilentwicklung. Mit der Förderung der Projekte von Vereinen und Privatpersonen soll zudem die bürgerliche Mit- und Eigenverantwortung bei der Gesamtentwicklung ihres Stadtteils gestärkt und so das soziale und kulturelle Zusammenleben unterstützt werden.

Mit Hilfe des Förderprogrammes möchte die Universitätsstadt Siegen natürliche Personen und eingetragene Vereine dabei unterstützen, ihre eigenen Projekte umzusetzen und somit einen Beitrag zur Erhaltung des unverwechselbaren Orts- und Landschaftscharakters zu leisten.

2. Antragsberechtigte - Wer kann Anträge stellen?

- natürliche Personen
- eingetragene Vereine

3. Allgemeine Förderbestimmungen

Die Universitätsstadt Siegen gewährt, vorbehaltlich eines genehmigten Haushalts, nach Maßgabe dieser Richtlinie Zuwendungen für die Finanzierung von Maßnahmen der Erneuerung und Erhaltung dörflicher Strukturen und historischer Bausubstanz.

- Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.
- Ansprüche aus dem Zuwendungsbescheid dürfen weder abgetreten noch verpfändet werden.

Diese Förderbestimmungen sind auch Grundlage für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuschüsse sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung.

Wird durch den Zuwendungsnehmenden gegen eine oder mehrere Bedingungen der Förderbestimmungen während des Bewilligungsverfahrens oder innerhalb der Zweckbindungsfrist von 10 Jahren verstoßen, behält sich die Universitätsstadt Siegen vor, den gewährten Zuschuss ganz oder teilweise zurückzufordern.

Bei den Zuwendungen handelt es sich um freiwillige Leistungen der Universitätsstadt Siegen. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde (Stadt Siegen)

entscheidet über die Zuwendung aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Was ist zu beachten?

- Fördermittel können grundsätzlich nur bewilligt und ausgezahlt werden, wenn der Haushalt im jeweiligen Haushaltsjahr genehmigt wurde und entsprechende Mittel für das Förderprogramm darin eingestellt wurden.
- Pro Antragsjahr kann für ein Förderobjekt nur ein Antrag gestellt werden.
- Die Maßnahmen müssen den Zielen und Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung sowie den Erfordernissen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung Rechnung tragen. Die Belange des Naturschutzes, Landschaftsschutzes und der Landschaftspläne sind zu wahren. Vorhandene Dorferneuerungskonzepte und die Ergebnisse der agrarstrukturellen Entwicklungsplanungen sind zu beachten.
- Voraussetzung der Förderung ist die Einstufung des Gebäudes bzw. des Umfeldes als historisch und/oder ortsbildprägend. Die Bewertung erfolgt durch die Universitätsstadt Siegen.
- Maßnahmen an Objekten, die unter Denkmalschutz stehen, werden nicht gefördert.
- Werden zusätzliche Fördermittel in Anspruch genommen, sind diese bei der Antragsstellung anzugeben. Der Betrag der zusätzlichen Fördermittel wird bei der Berechnung der Fördersumme von den zuwendungsfähigen Gesamtkosten abgezogen.
- Die Zuwendungsnehmenden sind verpflichtet, unverzüglich der Universitätsstadt Siegen anzuzeigen, wenn weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt wurden. Die Universitätsstadt Siegen behält sich vor, einen evtl. bereits erlassenen Zuwendungsbescheid bis zur Höhe der weiteren Zuwendung zu widerrufen und ggf. zu viel gezahlte Zuwendungen vom Zuwendungsempfänger zurückzufordern.
- Zuwendungen zur Projektförderung werden nur gewährt, wenn die Gesamtfinanzierung des Vorhabens einschließlich der Folgekosten nachgewiesen ist.
- Die Bagatellgrenze liegt bei einer Fördersumme von 250 €, das heißt Zuwendungen unter 250 € werden nicht bewilligt.

4. Fördergegenstand - Was wird gefördert?

Es werden Projekte und Maßnahmen gefördert, die sich innerhalb des Stadtgebiets Siegen befinden und den Förderbestimmungen dieser Richtlinie entsprechen.

Ausgenommen sind Projekte und Maßnahmen von natürlichen Personen an Dach und Fassade (inklusive Fenster und Türen) im Bereich des Städtebauförderprogramms „Rund um den Siegburg“. Der Geltungsbereich des Förderprogramms ist in der Anlage zur Richtlinie dargestellt.

Förderschwerpunkte:

4.1. Erhaltung der ortsbildprägenden und erhaltenswerten Bausubstanz

unter Berücksichtigung der nachhaltigen, dem Bedarf entsprechenden Siedlungsentwicklung und Baugestaltung und der Pflege der Baukultur.

Hierunter fallen zum Beispiel Projekte und Maßnahmen

- zur Erhaltung und Nutzung besonders erhaltenswerter Bausubstanz und Gebäude (z.B. alte Backhäuser, Schulen, Scheunen und Schuppen sowie ehemalige Feuerwehrgerätehäuser o. ä.) oder

- zur Erhaltung und Nutzung vorhandener, ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude mit ortsbildprägendem Charakter.

Bei der Förderung von Maßnahmen von natürlichen Personen ist die Förderung auf Maßnahmen an der Gebäudehülle in traditionell handwerklicher Ausführung beschränkt.

4.2. Aufwertung von ortsbildprägenden Außenanlagen und Freiflächen

Hierunter fallen zum Beispiel Projekte und Maßnahmen

- zur Gestaltung und Entwicklung des Ortsbildes und der Einbindung der Außenanlagen und Freiflächen in die Landschaft,
- zur Gestaltung des Ortsrandes durch Obstwiesen und Hecken,
- in Form einer Grün- und Freiflächengestaltung im Stadtteil, unter Verwendung von standortgerechten, heimischen Bäumen und Sträuchern,
- zur Reduzierung der Versiegelung,
- zur Anlage von öffentlichen Plätzen (Aufenthaltsbereiche),
- zur Bewahrung von straßenbegleitenden Natursteinmauern,
- zur Instandsetzung vorhandener Einfriedungen von Grundstücken in traditionell handwerklicher Ausführung oder
- zur naturnahen Gestaltung von Wasserflächen (Teiche).

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

Zuwendungsart: Projektförderung

Finanzierungsart: Anteilsfinanzierung

	Förderhöchstbetrag bei Maßnahmen und Projekten gemäß:	
	4.1. Erhaltung der ortsbildprägenden und historischen Bausubstanz	4.2. Aufwertung von ortsbildprägenden Außenanlagen und Freiflächen
Eingetragene Vereine Förderquote: 50 % der förderfähigen Brutto-Gesamtkosten	maximal 10.000 €	maximal 1.000 €
Natürliche Personen Förderquote: 30 % der förderfähigen Brutto-Gesamtkosten	maximal 3.000 €	maximal 1.000 €

Bei der Berechnung wird die Fördersumme auf zwei Stellen nach dem Komma gerundet.

6. Antrags- und Bewilligungsverfahren - Wie läuft das ab?

Der Weg zu Ihrer Förderung



6.1. Antragsstellung

Für die Bewilligung von Fördermitteln bedarf es eines förmlichen Antrags (gemäß Formblatt).

Wie stelle ich einen Antrag?

- Das Antragsverfahren erfolgt vornehmlich digital. Anträge können unter der folgenden Internet-Adresse über den dort verlinkten Online-Service gestellt werden: *(Link wird eingefügt)*
- In Ausnahmefällen kann die Förderung auch schriftlich beantragt werden. Das Antragsformular stellt die Universitätsstadt Siegen auf gesonderte Anfrage in gedruckter Form zur Verfügung.
- Förderanträge sind vollständig zusammen mit den benötigten Unterlagen einzureichen.

Welche Antragsunterlagen müssen eingereicht werden?

Pflichtangaben auf dem Antragsformular:

- Kontaktdaten des Antragstellers
- Art und Lage des Objektes, an dem die Maßnahme durchgeführt wird
- Beschreibung der Maßnahme
- Angaben zu zusätzlich beantragten Fördermitteln
- Angaben zu den entstehenden Kosten
- Einwilligungserklärung Datenschutz

Zusätzlich einzureichende Unterlagen:

- Bestandsfotos
- Auszug Liegenschaftskataster (Eigentümersnachweis)
- Zwei Vergleichsangebote oder Kostenaufstellung gemäß DIN 276 nach Gewerken

Im Bedarfsfall einzureichende Unterlagen (je nach Projekt in Abstimmung mit dem Fördergeber)

- Lagepläne zu Bestand und Planung
- Im Falle einer genehmigungspflichtigen Baumaßnahme: bauaufsichtliche Genehmigung oder positiver Vorbescheid nach § 77 BauO NRW
- Bei Eigenleistungen (Vereine): Nachweis der voraussichtlich anfallenden/angefallenen Arbeitsstunden auf Grundlage eines Handwerkerangebots oder in Abstimmung mit der Universitätsstadt Siegen (siehe dazu Punkt 6.4)
- Mitteilung über vorzeitigen Maßnahmenbeginn (mit Begründung)

Weitere erforderliche Unterlagen bezüglich der Maßnahme können je nach Projekt durch die Stadt Siegen angefordert werden.

Wann stelle ich einen Antrag?

- Eine Antragsstellung auf Fördermittel kann jederzeit ab 01.01. eines jeden Jahres für das betreffende Kalenderjahr erfolgen.
- Für alle Anträge und zugehörigen Unterlagen gilt, dass diese der Universitätsstadt Siegen jederzeit aber spätestens bis zum 30.09. des aktuellen Jahres vollständig vorliegen müssen, damit die Bewilligung noch im aktuellen Haushaltsjahr erfolgen kann.

6.2. Prüfung und Bewilligung der Zuschüsse - Wie geht es weiter?

- Vollständige Anträge werden in der Reihenfolge des Eingangsdatums bearbeitet. Als "Eingangsdatum" des Antrags gilt das Datum, zu dem alle erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegen.
- **Die Bewilligung der Zuschüsse erfolgt vorbehaltlich des genehmigten Haushalts und unter Berücksichtigung der noch zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sowie unter der Voraussetzung, dass die in den Richtlinien genannten Förderbedingungen erfüllt sind und alle Nachweise vorliegen.**
- Anträge, die vor Genehmigung des Haushalts der Universitätsstadt Siegen eingegangen sind, werden von der Universitätsstadt Siegen entsprechend der Richtlinie geprüft und der Antragstellende wird über das Ergebnis informiert. Die endgültige Bewilligung der Zuwendung erfolgt jedoch erst nach Genehmigung des Haushalts.
Sollte vor dieser Bewilligung mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen werden, erfolgt dies auf eigenes Risiko. Dies ist aber nicht förderschädlich.
- Nach abschließender Bewilligung der Förderung und nach Genehmigung des Haushalts erhalten die Antragstellenden von der Universitätsstadt Siegen den schriftlichen Zuwendungsbescheid.
- Die dem Zuwendungsbescheid beigefügte Anerkennungserklärung der „Allgemeinen Bewilligungsbedingungen der Stadt Siegen über die Gewährung von Zuschüssen“ ist dem Fördermittelgeber unterschrieben zurückzusenden.
- Sind die im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel aufgebraucht, werden eingehende Anträge zurückgestellt. Sollten bereits bewilligte Anträge zurückgezogen werden, rücken die entsprechenden Anträge gemäß Eingangsdatum nach. Sollten die Anträge im laufenden Jahr nicht berücksichtigt werden können, ist es möglich zum 01.01. des kommenden Jahres einen neuen Antrag mit Verweis auf den ursprünglichen Antrag zu stellen. Als Eingangsdatum gilt dann das Datum des ursprünglichen Antrags.

6.3. Pflichten der Antragstellenden - Was muss ich beachten?

- Die Förderung erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass das Gebäudeobjekt mit geförderten Maßnahmen innerhalb von 10 Jahren nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet oder wesentlich geändert wird (Zweckbindung), sodass dadurch der Förderungszweck nicht mehr erreicht wird.
- Die Vorsteuerbeträge nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes (UstG) gehören, soweit sie bei der Umsetzung abgesetzt werden können, nicht zu den zuwendungsfähigen Ausgaben.

6.4. Umsetzung der Maßnahme

- Antragstellende können vor Erhalt des Zuwendungsbescheides auf eigenes Risiko mit der Umsetzung der Maßnahme beginnen (vorzeitiger Maßnahmenbeginn). Zuwendungsbescheide werden frühestens nach Genehmigung des Haushaltes erstellt.
- Maßnahmen müssen spätestens ein Jahr nach Erhalt des Zuwendungsbescheids abgeschlossen werden (Bewilligungszeitraum). Kommt es zu Verzögerungen, ist dies dem Fördergeber unverzüglich mitzuteilen. Dafür ist der zur Verfügung gestellte Mitteilungsbogen zu verwenden.
- Ein Anspruch auf die Verlängerung des Bewilligungszeitraums besteht nicht, kann jedoch in begründeten Fällen gewährt werden.
- Bereits fertiggestellte Maßnahmen, die den Fördergegenständen 4.1 und/oder 4.2 entsprechen, können gefördert werden, wenn die nachträgliche Antragstellung bis zum 30.09. des Jahres erfolgt, in dem sowohl Beginn als auch Fertigstellung der Maßnahme durchgeführt werden konnten.
- Vereine, die den Status der Gemeinnützigkeit erfüllen, können Eigenleistungen erbringen. Der veranschlagte Zeitaufwand ist entweder durch ein Handwerkerangebot nachzuweisen oder wird in Absprache mit der Universitätsstadt Siegen ermittelt.
 - Für die finanzielle Anrechnung von Eigenleistungen von Vereinen wird der 1,3-fache Satz des zum Zeitpunkt der Bewilligung gültigen gesetzlichen Mindestlohns zugrunde gelegt.

6.5. Nachweise

Nach Fertigstellung der Maßnahme sind der Universitätsstadt Siegen folgende Unterlagen vorzulegen (Verwendungsnachweis):

- Fotos der umgesetzten Maßnahme
- bezahlte Rechnungen und entsprechende Zahlungsbelege
- bei Eigenleistung (Vereine): Auflistung der Arbeitenden und ihrer genauen Arbeitszeit
- Rechtsmittelverzicht

6.6. Auszahlung der Zuschüsse

- Die Zuwendungen werden erst ausgezahlt, wenn der Zuwendungsbescheid unanfechtbar geworden ist.
- Sind alle Unterlagen (Verwendungsnachweis) entsprechend der Vorgaben geprüft und keine Beanstandungen festgestellt worden, werden die entsprechenden Zuwendungen, maximal jedoch die bewilligte Fördersumme, an den Zuwendungsnehmenden ausgezahlt. Haben sich die Kosten im Vergleich zur Kostenkalkulation verringert, wird die Fördersumme entsprechend der tatsächlich angefallenen Kosten neu berechnet und auf zwei Stellen hinter dem Komma gerundet. In diesem Falle behält sich der Zuschussgeber vor, den Zuwendungsbescheid in Höhe des Unterschiedsbetrages teilweise zu widerrufen.

7. Datenschutz

Mit Beantragung der Förderung willigen die Fördernehmenden ein, dass die Universitätsstadt Siegen Ihre personenbezogenen Daten zum Zwecke der Prüfung des Förderanspruchs, der Rückfrage zu Antragsunterlagen sowie zur Auszahlung der Förderung im Zeitraum der Bindungsfrist für 10 Jahre speichert. Die Daten werden nicht an Dritte weitergegeben. Die Daten werden nach Ablauf der Bindungsfrist gelöscht.

Die Universitätsstadt Siegen berichtet den städtischen Gremien über den Erfolg des Förderprogramms. Zu diesem Zweck werden anonymisierte Daten zu den gestellten Anträgen, den geförderten Maßnahmen und den Förderhöhen veröffentlicht.

8. Kontakt

Universitätsstadt Siegen
AG 4/5-1 Stadtentwicklung
Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
57078 Siegen
Telefon: 0271-404 2522 oder 2536
Telefax: 0271-404 36 2522
Email: stadtentwicklung@siegen.de

9. Inkrafttreten, Veröffentlichung und Anpassungen

Diese Richtlinie tritt zum 01.01.2023 in Kraft. Die Richtlinie wird veröffentlicht am _____.
Die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung der Dorferneuerung der Stadt Siegen“ (Ordnungsziffer 90.610) tritt zum 31.12.2022 außer Kraft.

Auf die Richtlinie wird in der örtlichen Presse und auf der Internetseite der Universitätsstadt Siegen sowie in sozialen Medien hingewiesen.

Die Förderrichtlinie und der Online-Service stehen auf der städtischen Homepage unter (*Link wird noch eingefügt*) zur Verfügung.

ANLAGE 1: Geltungsbereich des Förderprogramms

Der Geltungsbereich des Förderprogramms umfasst das gesamte auf der Karte dargestellte Stadtgebiet von Siegen. Nicht gefördert werden Projekte und Maßnahmen von natürlichen Personen an Dach und Fassade (inklusive Fenster und Türen) im dargestellten Bereich des Städtebauförderprogramms „Rund um den Siegborg“.



[illegible]

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stadtentwicklung
Bearbeitet von: Philipp Springmann

Siegen, 30.09.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	20.10.2022
Bauausschuss	26.10.2022
Haupt- und Finanzausschuss	02.11.2022
Rat	09.11.2022

Kurzbezeichnung:

Energetische Sanierung der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung BlueBox - Weiteres Vorgehen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen

1. nimmt zur Kenntnis, dass von einer Investition in die Sanierung des Gebäudes abgesehen wird und stattdessen die Planung für einen multifunktionalen Neubau vorangetrieben werden sollte.
2. beschließt, dass der Durchführungsbeschluss aus Dezember 2018 (VL 2246/2018) aufgehoben wird und der Zuwendungsbescheid im Rahmen des Investitionspaktes „Soziale Integration im Quartier NRW 2020“ an die Bewilligungsbehörde Bezirksregierung Arnsberg „zurückzugeben“ wird.

Sachverhalt / Begründung:

Für die energetische Sanierung der Außenhülle der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung BlueBox in der Innenstadt hat die Stadt Siegen im September 2019 zum dritten Mal einen Antrag auf Förderung gestellt (erster Antrag 2017, zweiter Antrag 2018) und im Mai 2020 die Bewilligung in Form des Zuwendungsbescheides 02/061/20 mit Mitteln in Höhe von

745.000 € erhalten. Durch die Bewilligung im ersten Jahr der Corona-Pandemie beträgt der Förderanteil ausnahmsweise 100 %.

Der Förderzeitraum verbunden mit Durchführungszeitraum für die Maßnahme endet am 31.12.2024.

Die Förderzusage Mitte 2020 kam nach den vormaligen Nichtberücksichtigungen überraschend und somit war die Baumaßnahme nicht im Arbeitsprogramm der Abteilung Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW) vorgesehen, wurde jedoch nachträglich aufgenommen. Ein kurzfristiger Planungsbeginn konnte nicht mehr eingeplant werden, da das Arbeitsprogramm ohnehin sehr umfangreich war und ist.

In einem verwaltungsinternen Koordinierungstermin im März 2022 wurden seitens der ZGW erstmalig starke Bedenken hinsichtlich der Umsetzbarkeit und Sinnhaftigkeit der Außensanierung geäußert, weil der Gebäudezustand, die spezielle Gebäudetechnik verbunden mit der statischen Konstruktion viele konstruktive und technische Umsetzungsprobleme erwarten lassen, die hohe Kosten auslösen würden und die in keinem angemessenen Verhältnis zum Mehrwert stehen.

Vor den Antragstellungen wurden diese Aspekte zu wenig gewürdigt und die Kostenermittlung erfolgte sehr pauschal, da die Aufrufe zu diesem Sonderprogramm regelmäßig sehr kurzfristig erfolgten.

In den vergangenen Monaten wurden mehrere Gutachten zur umfassenden Prüfung des Gebäudezustandes beauftragt, um eine sach- und fachgerechte Entscheidungsgrundlage zu liefern. Seit Ende Juli 2022 liegt ein ausführlicher Bericht dazu vor.

Kernaussagen des Berichts:

I. Ausgangslage vor Antragstellung:

- Gebäude mit erheblichem Sanierungsbedarf
- Energieeffiziente Nutzung des Gebäudes ist unmöglich, aufgrund spezieller Gebäudekonstruktion und damit verbundenem Heizungssystem → führt zu extrem hohen Heizkosten

→ Aus diesem Grund wurde die energetische Sanierung der Außenhülle angestrebt und eine Förderung dafür beantragt.

II. Neue Erkenntnisse:

- Die Kostenschätzung ist nicht auskömmlich, Gründe dafür:
 - Ungenügende Erfassung der Massen und der erforderlichen Bauleistungen vor Antragstellung auf Förderung
 - Keine verlässlichen Materialpreise
 - Änderung gesetzlicher Vorgaben zur Wärmedämmung nach der Förderzusage
 - Ursprüngliche Planung nach heutigem Kenntnisstand zum Gebäudezustand und aktuellen Richtlinien technisch nicht umsetzbar
 - Neue Erkenntnisse führen zu weiteren bzw. anderen baulichen Erfordernissen, die vorher nicht berücksichtigt waren

Thema Energie:

- Große Energieverluste über das spezielle Heizsystem durch die außenliegenden Stahlhohlprofile der Gebäudekonstruktion

- Luft-Wärmepumpe und PV-Anlage sinnvoll, Effizienzhausstandard erreichbar (bei Neubau)
- Restnutzungsdauer des Gebäudes gering

Thema Tragwerk/Statik/Stahlbau:

- Tragwerksplanung des Bauantrags aus 1973 nicht mehr auffindbar, Aussagen zur Auslastung und möglichen Reserven damit nicht bekannt und auch nachträglich nicht verlässlich analysierbar
- Die Wandstärken der tragenden Stahlhohlprofile haben an mehreren untersuchten Punkten messbar aufgrund von Korrosion abgenommen (teilweise von 5 mm auf 3,7 mm). Zusammen mit schlechten Schweißnähten an den Stahlstützen werden gutachterliche Bedenken zur Tragfähigkeit der Fassadenunterkonstruktion geäußert.
- Befestigung einer neuen sehr leichten Fassade an Stahlstützen voraussichtlich tragfähig, jedoch benötigt das Gebäude nach Einschätzung der Gebäudenutzenden eine robuste und wenig vandalismusanfällige Fassade.
- Einhausung mit neuer Hülle ebenfalls nicht möglich, da neue Hülle aufgrund von Windlasten ebenfalls an bestehender Hülle befestigt werden müsste

Der Bericht kommt zu dem Fazit, **dass von einer Investition in die Sanierung des Gebäudes dringend abgeraten wird und stattdessen die Planung für einen multifunktionalen Neubau vorangetrieben werden sollte**. Hier könnte neben der BlueBox auch über weitere passende Angebote und Nutzungsmöglichkeiten im Gebäude nachgedacht werden. Aus diesem Fazit ergeht der Beschlussvorschlag zur „Rückgabe“ des Zuwendungsbescheides an die Bewilligungsbehörde einhergehend mit der Nicht-Nutzung der Fördermittel.

Bis zur Umsetzung eines Neubaus werden weiterhin notwendige Investitionen in das Gebäude getätigt, um dieses für die Jugendarbeit vorzuhalten.

Um eine neue Zielsetzung für eine potentielle Förderung des im Fazit empfohlenen Neubaus der BlueBox zu haben, wurde die Maßnahme in die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt (IHaKo) aufgenommen, welches häufig als Grundlage für Förderträge im Bereich Städtebau dient und bis spätestens Sommer 2023 beschlossen werden soll. Konzeptionell passt die Maßnahme gut in die aktuelle Fortschreibung des IHaKo unter dem Motto „Siegen verbindet“. Der verbindende Charakter (Siegen Gemeinschaft verbindet) der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung BlueBox ist vorhanden, insbesondere durch die Vernetzung junger Menschen. Ziel der Einrichtung ist es, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Freizeitgestaltung nach ihren Wünschen und Vorstellungen zu ermöglichen und gleichzeitig jugendpflegerische Aufgaben im Rahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit wahrzunehmen.

Mit der Aufnahme in das IHaKo wird eine wichtige Basis geschaffen, um sich bei zukünftig ergebenden Fördermöglichkeiten mit der BlueBox bewerben zu können. Für erfolgsversprechende Förderanträge ist bei Hochbaumaßnahmen i. d. R. eine Entwurfsplanung mit einer entsprechenden Kostenberechnung nötig. Das bedeutet, dass die Stadt Siegen eine Entwurfsplanung erarbeiten sollte, um damit handlungsfähig zu sein hinsichtlich der Beantragung von Fördermitteln. Entscheidend hierfür ist, ob in einem Neubau lediglich die heutige Nutzung oder auch weitere Angebote untergebracht werden sollen.

Grundsätzlich denkbar ist die Aufnahme der BlueBox in den neuen Rahmenantrag der Städtebauförderung, der zum 30.09.2023 gestellt werden soll. Zur Aufnahme in den Rahmenantrag muss mindestens eine überschlägige Kostenkalkulation mit grundlegender und feststehender Planungsidee vorhanden sein, welche bis zur konkreten Antragstellung der Maßnahme auf den Stand „Entwurfsplanung und Kostenberechnung (LP 3 HOAI)“ zu konkretisieren ist.

Ob die Abriss- und Neubaukosten den üblichen Rahmen für die Förderung von Einzelmaßnahmen in der Städtebauförderung überschreiten und eine Förderzusage dadurch unwahrscheinlich ist, hängt von der Ausgestaltung des Neubaus ab und kann daher nicht ausgeschlossen werden. Falls eine Beantragung über die Städtebauförderung möglich sein sollte, kann sich die Stadt Siegen die bis dato getätigten Planungskosten nachträglich fördern lassen, solange noch keine Ausschreibungen für bauliche Gewerke vorgenommen wurden.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i. V.

gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Büro des Bürgermeisters
Bearbeitet von: Laura Meier

Siegen, 03.11.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat **09.11.2022**

Kurzbezeichnung:

Nachbesetzung verschiedener Gremien

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt / benennt

1. **Herrn Lothar Becker (s. B.)** als **beratendes Mitglied** in die AK des Verkehrsausschusses.
2. **Frau Nicole Scherzberg (s. B.)** als **beratendes Mitglied** in den AK Wohnbaulandentwicklung.
3. **Herrn Jens Schmitt** (Sachverständiger VWS) als **persönlicher beratender Vertreter** von Herrn Andreas Dörner in
 - a) den Verkehrsausschuss
 - b) die AK des Verkehrsausschusses.
4. **Herrn Michael Schwarzer** als
 - a) **persönlichen Stellvertreter** von Frau Annette Six in den Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid.
 - b) **persönlichen Stellvertreter** von Frau Sabrina Schmidt in den AK Bäder und Sportstättenentwicklung.
 - c) **persönlichen Stellvertreter** von Frau Annette Six in den AK Märkte.
 - d) **ordentliches Mitglied** in den Städtetag NRW.
5. **Frau Annette Six** als **persönliche Stellvertreterin** von Herrn Michael Schwarzer in den Städtetag NRW.

6. **Herrn Roland Steffe** als **beratendes Mitglied** in den Bauausschuss.
7. **Frau Marion Ortmann (s. B.)** als **persönliche Stellvertreterin** von Herrn Dr. Jochen Münch in den Bezirksausschuss II Siegen-Weidenau.
8. **Frau Heike Krumm** als **persönliche Stellvertreterin** für Herrn Robert Grisse in den Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung.
9. **Frau Alicia Langer (s. B.)** als **ordentliches Mitglied** in den Bezirksausschuss V - Siegen-West.
10. **Herrn Rainer Schneider** als
 - a) **persönlicher Stellvertreter** für Herrn Achim Bell in den Rechnungsprüfungsausschuss.
 - b) **ordentliches Mitglied** in Aufsichtsrat der Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH.
 - c) **persönlicher Stellvertreter** von Herrn Franz Englert in den Städtetag NRW.
 - d) **ordentliches Mitglied** in den AK Wohnbaulandentwicklung.
11. **Herrn Franz Englert** als **ordentliches Mitglied** in den Bezirksausschuss V - Siegen-West.
12. **Herrn Dominik Klein (s. B.)** als **ordentliches Mitglied** in den Jugendhilfeausschuss.
13. **Frau Dr. Alica Henrich (s. B.)** als **persönliche Stellvertreterin** von Herrn Achim Bell in den Ausschuss für Schule und Bildung.
14. **Herrn Achim Bell** als
 - a) **persönlicher Stellvertreter** von Herrn Hans-Günter Bertelmann in den Haupt- und Finanzausschuss.
 - b) **persönlicher Stellvertreter** von Herrn Hans-Günter Bertelmann in die Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Siegen GmbH.
 - c) **persönlicher Stellvertreter** von Herrn Hans-Günter Bertelmann in die Gesellschafterversammlung der Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH.
 - d) **persönlicher Stellvertreter** von Herrn Hans-Günter Bertelmann in die Gesellschafterversammlung der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH.
 - e) **als persönlicher Stellvertreter** von Herrn Robert Grisse in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes.
15. **Frau Sarah Jung (s. B.)** als ordentliche Vertreterin des Jugendamtselternbeirates in den Jugendhilfeausschuss
16. **Frau Kathrin Hähner (s. B.)** als persönliche Vertreterin von Frau Jung in den Jugendhilfeausschuss

Sachverhalt / Begründung:

1. Der Inklusionsbeirat bittet um Besetzung eines beratenden Sitzes.
2. Der Inklusionsbeirat bittet um Besetzung eines beratenden Sitzes.
3. Die VWS bittet jeweils um Nachbesetzung für Herrn Michael Forneberg.
4. Die AfD-Fraktion bittet jeweils um Besetzung des unbesetzten Sitzes.
5. Die AfD-Fraktion bittet Besetzung des unbesetzten Sitzes.
6. Die AfS-Fraktion bittet um Besetzung nach § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NRW.
7. Der Seniorenbeirat bittet um Besetzung eines stellv. beratenden Sitzes.
8. Die UWG-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Herrn Dr. Christian Johannes Henrich.
9. Die UWG-Fraktion bittet jeweils um Nachbesetzung für Frau Julia Pieck.
- 10.-14. Die UWG-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Günther Langer.
15. + 16. Der Jugendamtseaternbeirat entsendet die genannten Personen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
--	--	---	--

<input type="checkbox"/> Prüfbedarf			
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.